D'K'P-Reklame für den Klassenfeind Seite 6

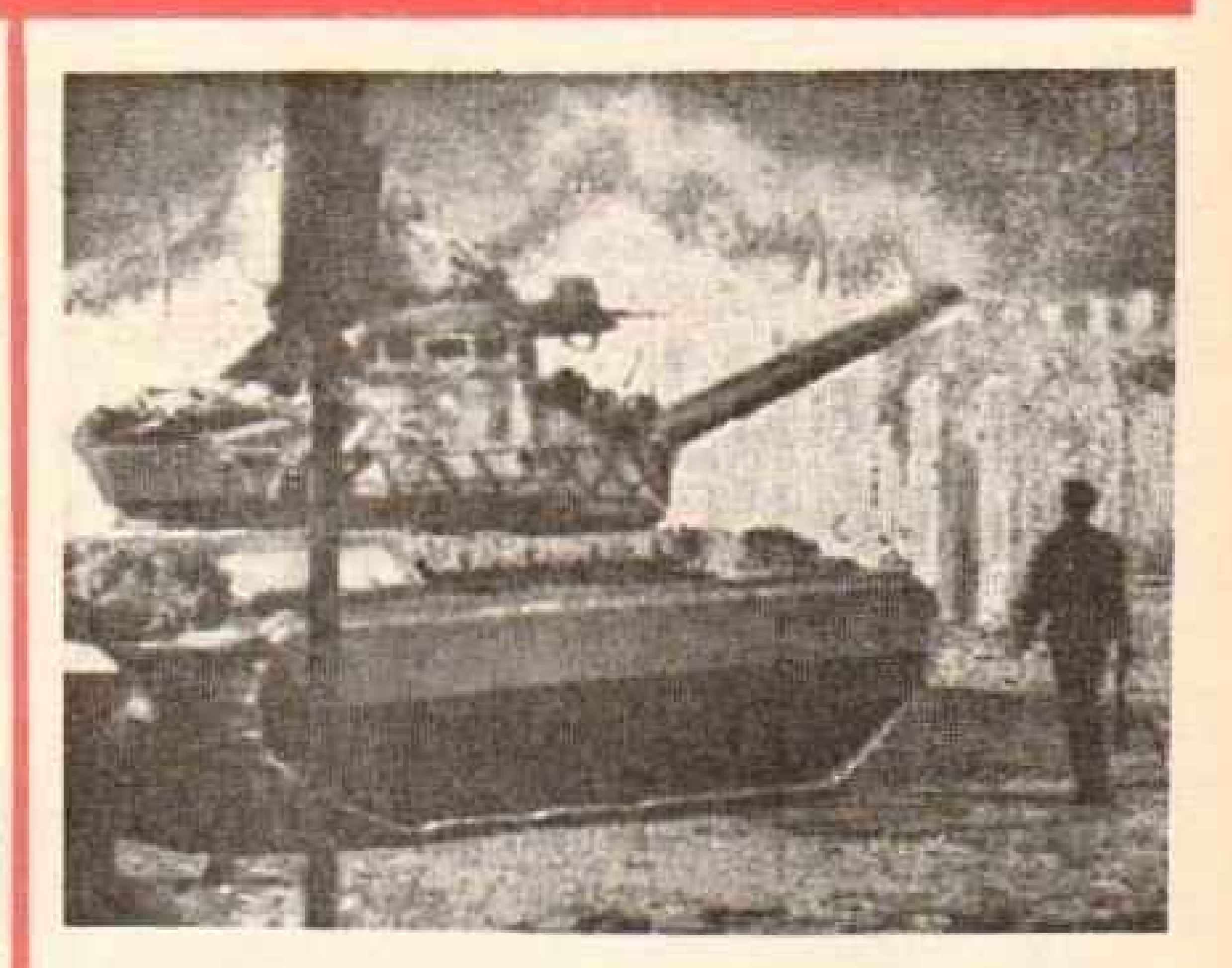
1H 20150 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 46 vom 24. November 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig



Mit Panzer und Militärstiefel wollen die griechischen Faschisten den mutigen Widerstandskampf des Volkes niederwalzen. Nach Meldungen griechischer Widerstandskämpfer in Rom sind 200 Menschen ermordet worden, darunter ein 5-jähriges Kind, 2.000 verletzt, unzählige verhaftet. Letztlich aber wird das griechische Volk siegen: an den Platz jedes Gefallenen werden 10 neue Kämpfer treten.

Fortsetzung auf Seite 5

Fahrverbot am Wochenende- kalte Wohnungen

Bonn unterstützt israelische Aggression auf unsere Kosten

Am kommenden Wochenende werden Millionen Privatwagen am Straßenrand oder in den Garagen stehen bleiben: Stufe 1 des Energiesicherungsgesetzes tritt in Kraft.

In enger Zusammenarbeit haben Ölkonzerne und Regierung den Tankstellen Anweisung gegeben, auch vor Beginn der gesetzlichen Einschränkungen den Benzinverkauf zu rationieren. Zapfsäulen für Selbstbedienung sind stillgelegt, um die Rationierung unter Kontrolle zu halten.

Heizöl wird zwar noch nicht rationiert, aber die hohen Preise allein sorgen schon dafür, daß viele Wohnungen nicht mehr voll geheizt werden können.

Auch am Arbeitsplatz wird mit Energie gespart. Nicht etwa daß die Maschinen still stehen, sondern bei Opel z.B. dürfen Fenster nicht mehr zum Lüften geöffnet werden, um "Wärme zu sparen", in den Pausen wird den Kollegen beim Zeitungslesen das Licht abgedreht: "Strom sparen".

Kurz: mit ihrem Gesetz zur Energiesicherung haben die Imperialisten sich die Energie gesichert, während unsere Autos, unsere Öfen, unser Licht, stillgelegt werden sollen.



Verantwortlich für die Benzinrationierung sind die westdeutschen Imperialisten.

In den Zeitungen liest sich das allerdings anders. Wie die Gewerkschaftszeitung Metall, die zynisch fragt, "Wieviele Verkehrsunfalltote und -verwundete eingespart werden können, tun die meisten bürgerlichen Zeitungen so, als handele es sich um ein nationales Unglück, das jeden gleichermaßen trifft und für das jeder gleichermaßen verantwortlich sei.

Verantwortlich für die Energielage in Westdeutschland sind weder die Werktätigen Westdeutschlands, noch die arabischen Länder. Verantwortlich zeichnen dafür einzig und allein die westdeutschen Imperialisten. Die arabische Erdöldrosselung, der Erdölboykott gegen die Niederlande und die USA, ist die richtige Antwort der arabischen Länder auf die Erpressungsversuche der Imperialisten der ganzen Welt.

Auch die Lügen in den westdeutschen Propagandaorganen gegen die arabischen Länder können das nicht verdecken.

Lüge Nr.1: 'Die Erpresser, die aus der Wüste kamen'

Wer erpreßt wen?
Es sind Imperialisten aus aller Welt, die die arabischen Völker erpressen — allen voran die beiden Supermächte.
Es waren die westdeutschen Imperialisten, die mit Wirtschaftshilfen die arabischen Länder erpressen wollten, die DDR nicht anzuerkennen.
Es sind die westdeutschen Imperialisten, die die Organisationen GUPA und GUPS (Generalunion palästinensischer Arbeiter und Studenten) verboten haben, um so den Kampf des palästinensischen Volkes gegen die zionistischen Aggressoren zu sabotieren.
Es sind die westdeutschen Imperialisten, die die zionistischen Landräuber in Nahost durch Kredite und sogenannte 'Wiedergutmachung' mit Milliarden finanzierten, die Israels Aggressionen politisch unterstützt haben und mit Waffenlieferungen gefördert haben. Auf diese Weise erhoffen sie sich in Nahost eine Position zu verschaffen und dem arabischen Öl näher zu rücken.
Die arabischen Länder haben die Waffe des wirtschaftlichen und militärischen Drucks der Imperialisten bitter kennengelernt. Aber sie haben im Verlauf ihres Kampfes auch gelernt, daß man die Waffe des wirtschaftlichen Drucks umkehren und gegen die Imperialisten selber richten kann, wenn man sich zusammenschließt.
Die wachsende Einheit, der gemeinsame Kampf hat die arabischen Länder stark gemacht. Ihr geschlossenes Vorgehen ermöglicht ihnen den wirtschaftlichen Druck gegen die imperialistische Welt zu richten, um aus deren Erpressung herauszukommen, um sich das Messer der Imperialisten, die aggressiven Zionisten, besser vom Halse schaffen zu können.

Fortsetzung auf Seite 2

ENGLAND: KEINE ÜBERSTUNDEN FÜR UNTERSTÜTZUNG DER ZIONISTISCHEN AGGRESSION!

Wie in anderen Ländern Westeuropas herrscht auch in England Ölknappheit. Die englischen Imperialisten hofften dies wettzumachen durch Überstunden der Bergbaukumpel und der Arbeiter in den Elektrizitätswerken. Doch die Arbeiter im Bergbau und in den E-Werken weitern sich diese Überstunden zu machen.
Damit unterstützen sie die arabischen Völker in ihrem Kampf gegen imperialistische Länder, die der israelischen Aggression Vorschub leisten.

Die englische Regierung hat daraufhin den Notstand ausgerufen.

NAHOST

Palastinensisches Volk gegen Diktat der Supermächte

Mit verschiedenen Drohungen haben die beiden Supermächte in Nahost die Feuereinstellung erzwungen und proklamieren jetzt einen "Friedens"-plan, dessen Verwirklichung auf Jahre hinaus geplant ist. Mit diesem Plan hoffen die Supermächte, die alte Situation von "weder Krieg noch Frieden" im Nahen Osten wiederherzustellen, damit sie wirtschaftlich, militärisch und politisch noch stärker in die arabischen Länder eindringen können.



Mit dem sogenannten "Friedens"-plan aus Washington und Moskau versuchen beide Supermächte, die arabischen Länder zur Kapitulation zu zwingen: Endgültig sollen die arabischen Länder auf Teile der Gebiete verzichten, die ihnen von den Zionisten geraubt wurden. In bestimmten "neutralen Zonen" sollen UN-Truppen als Organe der beiden Supermächte herrschen und die Palästinenser sollen in einem Teil Palästinas angesiedelt werden.

Jetzt schon zeigt sich, daß der "Friedens"plan zum Scheitern verurteilt ist. Gestärkt durch ihre Siege während des Krieges ist die Kampfmoral der arabischen Völker noch mehr gestiegen, der von den Supermächten erzwungene Waffenstillstand stößt auf breiteste Ablehnung unter den Völkern. Insbesondere wird das Diktat der Supermächte am Widerstand des palästinensichen Volkes scheitern.

Bis heute hat die Organisation für die Befreiung Palästinas (PLO) den Waffenstillstand, der von beiden Supermächten diktiert wurde, abgelehnt, denn dieser Waffenstillstand richtet sich gegen die palästinensische Revolution.

Der "Friedens"plan der Supermächte will die palästinensischen Flüchtlinge in einem Teilstaat ansiedeln. Aber das palästinensische Volk kann und wird sich nicht damit begnügen, als Flüchtling behandelt zu werden und irgendwo in einem Teil seiner Heimat angesiedelt zu werden. Sondern es will seine Heimat, die von den Zionisten durch die Gründung des Staates Israel okkupiert wurde, ganz wieder haben.

Ohne daß dies Problem im Sinne des palästinensischen Volkes geregelt wird, kann es auch keinen Frieden im Nahen Osten geben.

Die palästinensischen Befreiungskämpfer setzen daher ihre Aktivitäten gegen den zionistischen Feind fort, mit Angriffen gegen militärische Anlagen und Truppenunterkünfte Israels. Die Erfahrungen haben das palästinensische Volk gelehrt, daß weder Verträge noch irgendwelche Pläne der Supermächte ihnen die Heimat wiederbringen, sondern einzig der Kampf mit der Waffe in der Hand.

Kinder zur Unterstützung der zionistischen Verbrechen verführt!

Mein kleiner Bruder besucht an seiner Schule den Religionsunterricht. Kürzlich forderte der Lehrer die Schüler im Rahmen einer Stunde über Entwicklungshilfe auf, für ein Bildungsprojekt in Togo Geld zu sammeln. So versuchte er offenbar schon bei den kleinen Kindern, erwachende Solidarität mit den kämpfenden Völkern in Bahnen zu lenken, die der Kirche genehm sind. In der letzten Woche erklärte er dann plötzlich, die Regierung von Togo wolle das Geld nicht. Aber er hatte sofort einen "Gegenvorschlag" bereit: Er überredete die Schüler, das mühsam gesammelte Geld für die Zionisten zu spenden. Deren Organisation "Roter Davidstern" sei vom Internationalen Roten Kreuz und vom Internationalen Roten Halbmond nicht anerkannt und müsse deshalb vom deutschen Volk unterstützt werden!

So hat es dieser Lehrer verstanden, die aufrichtigen Gefühle seiner Schüler in den Dienst des völkerfeindlichen und verbrecherischen Zionismus zu stellen! Wie muß da erst sein Unterricht aussehen!

Das ist nur eine kleine Sache. Doch an wieviel Schulen in der DBR hat sich wohl in der letzten Zeit Ähnliches ereignet? An diesem Einzelbeispiel zeigt sich, wie die Schüler in diesem Land schamlos reaktionär indoktriniert werden. Und es wird auch unverhüllt sichtbar, auf welcher Seite – trotz aller demagogischen Beteuerungen – Kirche und Staat stehen

In Marburg, im Hessischen Hof, findet am 29.11.73 um 20 Uhr eine Veranstaltung der KPD/ML zum Nahostkrieg statt. Die AP-Truppe Roter Sturm tritt mit einem Stück auf.

1.Lesung des Atomwaffensperrvertrags

Hintertür offengelassen

Nachdem die westdeutschen Imperialisten noch einige Zugeständnisse erringen konnte, ist jetzt die Ratifizierung des Atomwaffensperrvertrages vom Bonner Parlament in 1. Lesung vorgenommen worden.

Gegenwärtig zwar bestehen für die Bonner Imperialisten kaum Möglichkeiten, eigenständig über Nuklearwaffen zu verfügen. Im Hinblick auf die Zukunft aber haben sie sich doch noch einige Türen offen gehalten: die Nutzung von Kernenergie ist vom Vertrag ausgenommen. Über die Kontrolle der friedlichen Nutzung sagte Walter Scheel vorm Bundestag: **'Ein Vertragspartner könne allenfalls behaupten, daß wir vertragswidrig Kernenergie von der friedlichen Nutzung abzweigen und zur Herstellung von Kernwaffen verwenden. Dies würde noch nicht genügen. Erst wenn der Gouverneursrat der Internationalen Atomorganisation auf Grund eines Berichts des Generaldirektors feststellt, die Organisation sei nicht in der Lage, sich zu vergewissern, daß kein Kernmaterial für Kernwaffen abgezweigt worden ist, könnte ein Nachprüfungsverfahren nach den Artikeln 19 und 20 des Verifikationsabkommens eingeleitet werden. Ein solcher Vorwurf wäre schwerwiegend. Man wird ihn nicht leichtfertig erheben." Das ist die eine Tür.**

Die zweite ist, **"daß ein föderierter europäischer Staat, unter dessen Gliedstaaten sich auch ein Kernwaffenstaat befinden würde, ... den Nuklearstatus im Wege der Rechtsnachfolge erhalten könne." Ein Vereinigtes Europa der Neun unter Führung der westdeutschen Imperialisten mit Verfügung über Atomwaffen – ein Traum der westdeutschen Imperialisten.**

Während die Imperialisten in Bonn für die Zukunft Gewinne erhoffen, sind die eigentlichen Gewinner bei diesem Vertrag die beiden Supermächte: Während 95 Länder ihren Vertrag unterschrieben haben und bis auf wenige auf den Besitz von Atomwaffen verzichten, rüsten beide Supermächte ihr Atomwaffenarsenal ständig auf, um die Völker der Welt zu bedrohen.

Die Supermächte wollen keine wirkliche Abrüstung. Das zeigt sich darin, daß sie nicht auf die konsequenten Abrüstungsforderungen der VR China eingehen wollen:

– Auflösung aller Militärstützpunkte auf ausländischen Territorien;

– Verpflichtung aller Atommächte, nicht als erste die Atombombe zu werfen;

– Einstellung aller Atomtestversuche, einschließlich der unterirdischen;

– Vernichtung aller Atomwaffen, ihrer Träger, Auflösung der Forschungsinstitute für den Atomkrieg;

– Verbot der Herstellung und Lagerung von Atomwaffen als Ergebnis einer Konferenz, bei der alle Länder der Welt anwesend sind.

Stattdessen fordern die Supermächte von der VR China, ihre Atomtests einzustellen, während 30 sowjetische Atomraketen ihre Spitzen auf China richten. Die VR China aber wird sich niemals dem Atomdiktat der Supermächte beugen.

Fortsetzung von Seite 1

Bonn unterstützt israelische Aggression auf unsere Kosten

Lüge Nr.2 'Die arabischen Länder treiben Ölpreise'

Tatsache ist: Während die arabischen Länder ihre Preise für Rohöl um ein Viertel erhöhten, stiegen in Hamburg z.B. die Preise für Heizöl von 1972 auf 1973 um 300%. Millionen konnten sich vorm Fernsehapparat selbst davon überzeugen, wer die Preise treibt: Als ein führender Vertreter der westlichen Ölindustrie nach deren unverschämten Gewinnen durch den Nahostkrieg befragt wurde, antwortete er: **"Geschäft ist Geschäft".**

Lüge Nr.3 'Die Araber schaffen Entlassungen und Stillegungen'

Wenn Betriebe wegen Energiemangel dicht machen müssen, so sind dafür die westdeutschen Imperialisten mit ihrer Nahostpolitik verantwortlich. Die gegenwärtige Hetze aber läuft vor allem darauf hinaus, Geschäftspleiten und Entlassungen, die schon seit Monaten geplant sind, den arabischen Ländern in die Schuhe zu schieben. Seit Monaten ist bekannt, daß die westdeutsche Autoproduktion rückläufig ist, daß Bauunternehmen Konkurs anmelden. Absicht dieser Lüge ist es, den Kampf der Arbeiter gegen Entlassungen und Stillegungen abzublocken, in der Hoffnung, daß sich die Wut vieler Kollegen gegen die arabischen Völker und ihren gerechten Kampf richtet.

'Wirtschaftswoche': 'Intervention am kostengünstigsten'!

Die westdeutschen Imperialisten werden freiwillig ihre Politik zur Unterstützung der zionistischen Aggression nicht aufgeben. Die 'Wirtschaftswoche', Börsen- und Wirtschaftsblatt der westdeutschen Imperialisten, erwägt die Möglichkeiten, wieder an arabisches Erdöl zu kommen: z.B. durch **'Nichtmarktwirtschaftliche Interventionen (z.B. Eroberung der Erdöl-Gebiete). Eine Intervention könnte in den wenig bevölkerten Gebieten Libyens und der arabischen Halbinsel am kostengünstigsten sein." Das ist die Perspektive der westdeutschen Monopole und ihrer Regierung für die Lösung in Nahost.**

Nach innen hin nutzen sie die Situation, um mit dem Energiesicherstellungsgesetz einen Teil der Notstandsgesetze praktisch zu erproben, ihre imperialistische Politik gegen die Interessen der werktätigen Massen durchzusetzen.

Trotz aller Hetzkampagnen und Betrugsmanöver werden die Werktätigen Westdeutschlands es nicht einfach hinnehmen, für die Erpressungspolitik der westdeutschen Imperialisten in Nahost zu frieren und auf Benzin, Strom und Erdgas zu verzichten. Die fortschrittlichen Menschen unseres Volkes werden aus ihrer eigenen Lage heraus klarer erkennen, daß ihre Interessen und die Interessen der arabischen Völker gegen einen gemeinsamen Feind gerichtet sind: gegen den Imperialismus, seine Expansion nach außen und seine Unterdrückung nach innen. Im gemeinsamen Kampf mit den arabischen Völkern müssen die Bonner Erpressungsmanöver im Nahen Osten gegen die arabischen und insbesondere das palästinensische Volk zum Scheitern gebracht werden.

Weg mit dem Verbot der Generalunion Palästinensischer Arbeiter und Studenten (GUPA und GUPS) in Westdeutschland!
Nieder mit der Unterstützung der israelischen Aggression durch die westdeutschen Imperialisten!

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 36 07. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. PSchKto Essen Nr. 464 20 – 435 (G. Schubert). Tel.: 0 21 41 / 72 82 59. Verantwortlicher Redakteur: Dieter Stoll, Duisburg. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Kurzarbeit, steigende Arbeitslosigkeit, Pleiten

Minister Schmidt: 'Kein Grund zur Beunruhigung'

Gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung der Arbeitslosenzahl um über 24,2%; inzwischen rund 270.000 Kollegen arbeitslos. Gleichzeitig ging die Zahl der offenen Stellen um über 9% zurück, für ausländische Kollegen fast um 75%. Rund 68.000 Kollegen müssen zur Zeit kurzarbeiten, für weitere 85.000 ist von den Kapitalisten – vorsorglich, wie es so schön heißt – Kurzarbeit angemeldet worden. Das sind Zahlen, wie wir sie seit der Krise 66/67 nicht mehr gehört haben.

Reihenweise Pleiten in der Bau-, Textil- und Möbelindustrie. Kurzarbeit bei Ford, weitere Betriebe der Automobilindustrie sollen folgen. In der Maschinenindustrie wurden in diesem Jahr 16% weniger Maschinen produziert als zum vergleichbaren Zeitpunkt des letzten Jahres. Durch weitere Zechenstillegungen sind in der nächsten Zeit viele tausend Kumpels von Arbeitslosigkeit bedroht. Der "Zentralverband des deutschen Baugewerbes" jammert über die "schlechteste Auftragslage seit 1948".

Finanzminister Schmidt allerdings sieht "keinen Grund zur Besorgnis". Sein Staatssekretär Pöhl bekennt schon etwas mehr Farbe: "Wenn sich die Tendenz fortsetzt, können wir in eine ganz schöne Rezession kommen". Ein anderer Bonner Staatssekretär prophezeit laut 'Spiegel' schlicht: "In diesem Winter können wir auf 500.000 Arbeitslose kommen.

So sieht es im Gegensatz zum Bonner Stabilitätspalaver aus: von dem so oft angekündigten Teuerungsstop keine Spur, dafür beträchtliches Anwachsen von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit. Bonns große Worte können eine Tatsache nicht aus der Welt schaffen: Stabilität im Kapitalismus gibt es nicht.

WENN DIE KRISE SICH VERSCHÄRFT, NICHT MEHR UM HÖHEREN LOHN KÄMPFEN?

Die obigen Zahlen aus der bürgerlichen Presse sind sicherlich eher untertrieben als übertrieben. **Es gibt auch keinen Zweifel, daß diese Entwicklung sich noch verschärfen wird: noch mehr Pleiten, noch mehr Kurzarbeit, noch mehr Arbeitslosigketi.** Es gibt allerdings auch keinen Zweifel daran, daß diese Entwicklung schon seit geraumer Zeit abzusehen war und daß es kein Zufall ist, wenn gerade jetzt seitens des Bonner Staates und der bürgerlichen Presse, die die Übel des Kapitalismus normalerweise wahrlich nicht an die große Glocke hängen, in großer Aufmachung die "Gefahr für die Arbeitsplätze" beschworen wird.

Hier soll uns eingeredet werden: Wenn ihr jetzt Lohnerhöhungen erkämpft, liegt ihr vielleicht in einem halben Jahr auf der Straße. Dann könnt ihr stempeln gehen und die ganze Streikerei hat euch nur geschadet. Das wollen uns auch die DGB-Führer weismachen, wenn sie von "realistischen und wirtschaftlich vertretbaren Forderungen" reden.

Die Behauptung, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit würden durch Lohnerhöhungen hervorgerufen, ist in Wirklichkeit absolut falsch. Im Gegenteil ist es gerade die sinkende Kaufkraft der werktätigen Massen, hervorgerufen durch gallopierende Teuerung und Tarifabschlüsse unter der Teuerungsrate, die die Krise verschärft. So hat zum Beispiel die Prognos AG, eine bürgerliche Marktforschungsgesellschaft, festgestellt, daß die Krise in der Möbelindustrie nicht zuletzt auf die gesunkene Kaufkraft der werktätigen Bevölkerung zurückzuführen ist. Lassen wir uns durch die Lügenmärchen der Kapitalisten, der Regierung und der DGB-Führung nicht täuschen!

Kämpfen wir für mehr Lohn, gegen Kurzarbeit und Massenentlassungen!



Meinungsmache für's Kapital

Am 29.10. abends im ZDF: Blickpunkt, Informationen und Meinungen zum Arbeitskampf 73. Manch einer hat vielleicht gedacht: "Alles können sie doch nicht verdrehen!" Blickpunkt bewies: Sie können!

Teil 1 der Sendung: die 'wilden' Streiks für mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen. Flüchtig kommen Küppersbuscharbeiter ins Bild, die demonstrativ Flugblätter der KPD/ML hochhalten. Die Kamera hat es hier besonders eilig. Klassenbewußte, kampfentschlossene Arbeiter, die sich weder durch Drohungen der Kapitalisten, noch durch die 'Kompromisse' der Gewerkschaftsbonzen kleinkriegen lassen, die Forderungen der KPD/ML zu ihren eigenen machen, passen den Fernsehfritzen nicht ins Konzept. Kein einziger Arbeiter kommt zu Wort. Bis auf eine Ausnahme: unter den 60.000 Streikenden fanden sich 2 Kollegen, die auf die 'Roten' schimpften.

Ansonsten führten IGM-Bonzen, Betriebsratsvorsitzende und Kapitalisten das Wort. Beispielsweise Opel-Betriebsratsvorsitzender Perschke: "Die letzte Arbeitsniederlegung hat Betriebsrat und Belegschaft wieder enger miteinander verbunden... Die Belegschaft weiß jetzt, daß der Betriebsrat sich für ihre Belange einsetzt"! **Warum wurde Perschke während des Streiks dann wohl mehr als einmal ausgepfiffen und niedergeschrien? Warum wurden dem Pierburg-Betriebsrat, der sich genauso äußerte wie Perschke, während des Streiks seine Handzettel von den Kollegen zerrissen? Warum bildeten die Kollegen bei Pierburg eine eigene Streikleitung?**

Blickpunkt-Kommentar zu Ford: "Im Grunde will der Betriebsrat das gleiche wie die Arbeitnehmer!" Im Klartext: die Türken können kein Deutsch, haben alles nicht richtig kapiert, ließen sich verführen und haben jetzt in Form von Entlassungen und Verdienstausfall die Quittung.

Blickpunktlehre Nr. 1: Arbeiter, laß die Finger vom Streik und vertrau auf die Gewerkschaftsspitze! So wie es – nach Teil 2 der Sendung – die Kollegen von Baden-Württemberg getan haben sollen. Wo die IGM-Führung die Sache in der Hand hat, da schwärmt Blickpunkt von der Kürze und dem ruhigen Verlauf des Streiks. Kein Wort über Aussperrungs- und Entlassungsdrohungen, über Polizeispitzel in den Betrieben. Gemeinsam mit Daimler-Boß Schleyer und IGM-Steinkühler lobt der Kommentar: "Ein für die Arbeitnehmer sehr erfreulicher Abschluß."

Wie erfreulich – das machten die anschließenden Interviews mit Kapitalistensprecher Eichler und Heiß vom DGB-Vorstand deutlich. Eichler: "Dieser Abschluß wird keinesfalls eine allmähliche Abschaffung des Fließbandes zur Folge haben... Schließlich sind wir auf das dadurch garantierte hohe Wachstum angewiesen... Auch der Leistungslohn bleibt auf jeden Fall erhalten, denn Arbeitgeber wie Gewerkschaften können auf keinen Fall darauf verzichten... Der Erfolg der Verhandlungen liegt darin, die Forderung nach Absicherung des Einzelakkords wieder vom Tisch zu bringen." Und DGB-Heiß ergänzt: "Wir wollen den Leistungslohn doch nicht abschaffen, sondern vermenschlichen."

Mit dieser trauten Übereinstimmung von Kapitalistensprecher und DGB-Vertreter möchte sich Blickpunkt aber noch nicht zufrieden geben .Also folgte die letzte Blickpunkt-Lehre: **Man kann die Unternehmer nicht immer schröpfen. Folglich müssen die armen Kapitalisten die Preise erhöhen und wir alle müssen tiefer in die Tasche greifen. Fazit: Wenn die Preise hochgehen, wenn die Reallöhne sinken, immer nur lächeln, Kollegen, aber keine Streiks!**

Hetze, Unterschlagung von Informationen, Verdrehungen, Lügen, Meinungsmache für die Kapitalisten – das ist keine Eigenart der Bild-Zeitung, sondern das Wesen der ganzen bürgerlichen Presse, Funk und Fernsehen eingeschlossen.



Sofortige Wiedereinstellung des Kollegen Hartmut!

Die Buderus-Kapitalisten kündigten dem Kollegen Hartmut Börder fristlos. Als Entlassungsgrund wurde vorgeschoben, der Kollege habe "unberechtigt wähtredn der Arbeitszeit an einer Jugendvertreterversammlung teilgenommen."

Die wirklichen Entlassungsgründe der Buderus-Kapitalisten liegen auf der Hand: Sie wußten, daß hier einer in der vordersten Reihe der Kollegen steht. So geht aus einem Schriftsatz von Buderus an das Arbeitsgericht hervor: **"Der bisher nur in ersten Ansätzen geführte Kampf des Klägers (Börder) zwingt den Schluß auf weitere Aktivität auf- zumal in der bereits erwähnten Schrift (Rote Hütte – Betriebszeitung der KPD/ML) angekündigt war, daß die erhobenen Forderungen (der KPD/ML) mittels eines Streiks durchgesetzt werden sollten. Darauf zu warten, daß es tatsächlich zu einer unzulässigen Arbeitsniederlegung kommen würde, konnte und kann der Beklagten (Buderus) nicht zugemutet werden. Sie hätte sich dieser Gefahr jedoch ausgesetzt, hätte sie dem Kläger nicht gekündigt."**

Der Hetze der freigestellten Betreisbräte war es zu danken, daß der Betriebsrat dieser Kündigung zustimmte. Dei IGM-Ortsverwaltung lehnte jeden Rechtsbeistand ab, weil keine Aussicht auf Erfolg bestehe".

Der Kampf gegen die politische Entlassung wurde ohne diese Verräter geführt. Die Partei und die Rote Hilfe Gießen verschafften dem Prozeß weit über Buderus hinaus Öffentlichkeit. Tausende erklärten sich mit dem Genossen solidarisch.

Bereits im ersten Arbeitsgerichtsprozeß waren die Richter so gezwungen, die Kündigung für rechtswidrig zu erklären. Zu offensichtlich wäre es so nst geworden, daß die Kapitalisten ihr eigenes Recht brechen, wenn es ihren Interessen dienlich ist.

In der von den Buderus-Anwälten angestrengten Berufung wollten die Buderus-Kapitalisten dann ihre politischen Entlassungpgründe nachschieben. Daruaf waren die Genossen allerdings gut vorbereitet: Es lag eine Erklärung der Betriebszelle zur Verschärfung der Arbeitshetze und Ausbeutung bei Buderus-Lollar vor, zu der über 30 Buderus-Kollegen als Zeugen benannt worden waren. Außerdem war die Erklärung eines Kollegen da, die bewies, daß bei Buderus schwarze Listen geführt werden.

Diese öffentliche Anklage wollte der Richter den Buderus-Kapitalisten dann doch ersparen: Er lehnte die Nachschiebung der politisch motivierten Entlassungsgründe als nicht rechtzeitig erfolgt ab und bestätigte das Urteil des ersten Prozesses: Die Kündigung ist rechtswidrig – Wiedereinstellung – Entschädigung.

Mit diesem Erfolg ist der Kampf um die Wiedereinstellung des Kollegen Börder aber noch nicht gewonnen. Schon vor Gericht haben die Buderus-Anwälte dem Kollegen Hartmut angedroht, ihm würde im Falle einer Wiedereinstellung umgehend fristgerecht gekündigt.

Den Buderus-Kapitalisten ist klar, daß viele Kollegen ermutigt werden, wenn einer gegen den Willen der Kapitalisten in den Kollegenkreis zurückkehrt. Ihnen ist auch klar, daß die Sympathien für die KPD/ML, die mit ihm den Kampf geführt hat, steigen werden. Und ihnen ist klar, daß ein Kommunist den Kampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung, für den Sturz der Kapitalistenklasse und für die Errichtung der Diktatur der Arbeiterklasse über die Ausbeuterklasse führen wird, solange er lebt.

Darum werden die Buders-Kapitalisten mit allen Mitteln versuchen, Hartmut an der Wiederaufnahme der Arbeit zu hindern. Sie werden ihm wahrscheinlich fristgerecht kündigen, ihm sagen, er brauche gar nicht erst anzufangen, die 14 Tage Kündigungsfrist bekäme er bezahlt. Diese Kündigung kann nur die geschlossene Front der Kollegen verhinden **Sofortige Wiedereinstellung von Hartmut Börder!**

Schikane!

An die Redaktion des RM!

Die ISOPOR ist ein Kleinbetrieb, in dem etwa 75% ausländische Arbeitnehmer sind. Ein typischer Vorfall für diesen Betrieb:

Ein Meister brüllt eine Ausländerin an, daß sie eine bestimmte Arbeit verrichten solle. Die Frau versteht nicht sofort, was er meint. Sie weiß nicht, was sie machen soll, weil sie durch sein Brüllen ganz schön eingeschüchtert wurde. Sie will ihn gerade noch einmal fragen, als er schon wieder losbrüllt, wenn sie nicht sofort anfange, dann könne sie ihre Papiere abholen. Dann läuft er weg und schreit dabei noch:"Scheiß-Ausländerpack, die wollen überhaupt nichts schaffen"! Die Frau ist verzweifelt und weint. Kann sie vielleicht etwas dafür, daß sie nicht gut deutsch kann? Und sind es nicht gerade jenenLeute, wie dieser Meister und seine Auftraggeber, die ein Interesse daran haben, daß unsere ausländischen Kollegen kein deutsch können? Was sie nämlich fürchten, ist die Verbundenheit und die geschlossene Kampffront deutscher und ausländischer Kollegen. Darum versuchen sie mit allen Mitteln deutsche und ausländische Arbeiter zu spalten. Aber das gelingt ihnen auf die Dauer immer weniger. Auch in diesem Fall. Kurzentschlossen stellte ich meine Maschine ab, ging zu der Frau hin und erklärte ihr, was sie tun sollte, trotz des haßerfüllten Blickes unseres Meisters. Aber dieser wagte es nun nicht , auch zu mir noch etwas zu sagen.

Überall wo man diesen Meister sieht, treibt er die Arbeiter an, schneller zu arbeiten. Durch sein Brüllen gelingt es ihm vielfach noch, die Arbeiter, vor allem die, ausländischen Kollegen, einzuschüchtern. Aber die großen Streiks bei Ford, Opel . . . . haben gezeigt, welch wirksames Kampfmittel die Arbeiter in ihren Händen haben.

Schluß mit der Arbeitshetze ! !

Deutsche und ausländische Arbeiter eine Kampffront ! !

Revisionistisches

Kampfmoral

In der UZ vom 16. November wird einer der entlassenen 22 Arbeiter bei Mannesmann, Hans Aps, lobend zitiert.

"Ich habe drei Kinder. Wenn ich von der Arbeit komme, muß ich mich um meine Kinder kümmern und den Haushalt machen. Meine Frau ist vor zwei Jahren verstorben und ich stehe mit meinen Kindern allein da.

Ich frage euch, Kollegen: Sieht so ein Mann aus, der nichts anderes im Sinn hat, als sogenannte 'wilde Streiks' zu organisieren?"

Nach dem Willen der D'K'P jedenfalls nicht.

Vertrauensmann für wen?

Nachdem die Mannesmann-Kapitalisten 22 Mann gekündigt hatten, warteten alle Kollegen darauf, daß auf der Belegschaftsversammlung der Streik beschlossen würde. Die Revisionisten von der D'K'P verhinderten das. Nach dieser Versammlung standen einige Kollegen beisammen und schimpften. Als ein D'K'P-Vertrauensmann dazu trat, sagte ein Kollege zu ihm: "Da habt ihr aber schön abgewiegelt." Die Antwort: "Das geht mich nichts an, da mußt du dich an die Kreisleitung wenden."

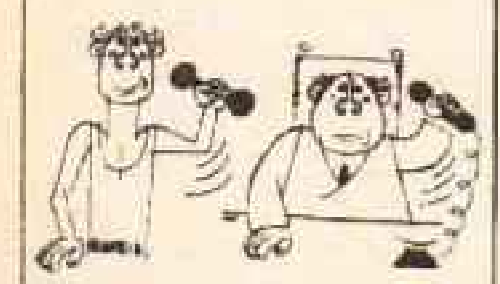
Ohne Kommentar

Aus UZ Nr. 46 vom 16.11.73

UNSERE ZEIT

Sport-Informationen aus der Welt des Sozialismus

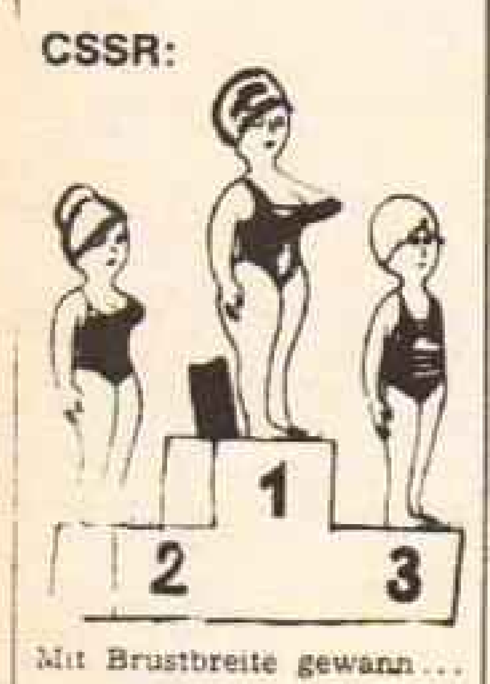
UdSSR:



Als Junior und ...

... als Senior

CSSR:



Mit Brustbreite gewann ...

*****

Krebsvorsorge - Feigenblatt für menschenfeindliches Gesundheitswesen

Anfang Oktober fand in Baden-Württemberg eine 'Woche der Krebsvorsorge' statt. In einer ähnlichen Kampagne weisen die Ortskrankenkassen in einer bundesweiten Anzeigenserie bis zum Jahresende 'auf Chancen und Ablauf von Früherkennungsuntersuchungen' hin.
Stimmt es also nicht, was wir im ROTEN MORGEN schrieben: "Wer arm ist, muß eher sterben"? Kümmern sich Staat und Krankenkassen doch um die Gesundheit des Volkes?

Weit gefehlt! Die ganze Reklame für geplante Vorsorgeuntersuchung ist ein großer Schwindel. Die werktätige Bevölkerung, alarmiert durch Umweltverschmutzung, durch steigende Krankenzahlen bei Krebs- und Kreislauferkrankungen, soll mit schönen Worten in Sicherheit gewiegt werden. Gegen diese gefährlichen Krankheiten geschieht in Wirklichkeit nach wie vor fast nichts!

Krebsvorsorge ist eine gute Sache, und die arbeitende Bevölkerung hat ein Recht nicht nur auf Krebsvorsorgeuntersuchungen, sondern auf eine gute allgemeine Vorsorgemedizin. Die Vorsorgemedizin hat die Aufgabe, durch regelmäßige gründliche Untersuchung aller Werktätigen – wie das im sozialistischen China und Albanien an der Tagesordnung ist – Krankheiten schon zu erkennen, **bevor** sie zum Ausbruch kommen. Zum Beispiel kann der Ausbruch der Zuckerkrankheit verhindert werden, wenn rechtzeitig Vorsorgemaßnahmen getroffen werden. Das gleiche gilt für Herz- und Kreislaufkrankheiten, für Rheuma, Lungenkrankheiten und auch für den Krebs.

Aber einer solchen Vorsorgemedizin steht, wie jeder Arbeiter am eigenen Leib spüren kann, unser ganzes gesellschaftliches System im Wege. Das zeigt etwa folgendes Ergebnis einer Untersuchung von 31.476 Sozialversicherten in Baden-Württemberg, die nicht krankgeschrieben waren – also als 'gesund' galten:
Gesund waren nur 17,4%. Der Rest war behandlungsbedürftig. Davon war jeder 5. Sozialversicherte sanatoriumsreif und 2% mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Dieser elende Gesundheitszustand unseres Volkes wird durch Vorsorgeuntersuchungen nach dem Modell Baden-Württembergs nicht verbessert, sondern vertuscht. Bei Arbeitern beschränkt sich z.B. die Krebsvorsorge auf die Untersuchung von Erkrankungen der Prostata und des Mastdarms. Dabei starben 1967 'nur' 8.800 Männer an diesen beiden Krankheiten, während allein jährlich mindestens 36.000 Menschen vor dem Tod an Magenkrebs gerettet werden könnten – wenn ihre Krankheit rechtzeitig erkannt würde. Im gleichen Jahr 1967 starben 144.647 Männer an Erkrankung von Herz und Kreislauf. Auch hier wird keine Vorsorgeuntersuchung bezahlt.

An diesen Beispielen sieht man die ganze Brutalität des kapitalistischen Systems. 36.000 Tote sind den Kapitalisten egal. Sie können nicht gerettet werden, denn eine Heilung wäre zu teuer. Für ihre eigene Gesundheit dagegen ist diesen Herren nichts teuer genug. Aus einer Untersuchung des Arztes Dr. Schmidt: "Die Heilungsaussichten bei Brustkrebs in teuren Privatkliniken betragen 61,5% gegenüber 34,7 in öffentlichen Krankenhäusern... Die Zahl der Magenkrebsfälle nahm in den letzten Jahren bei Männern der englischen Oberschicht um 38,8 Prozent zu – in der Gruppe der Hilfsarbeiter wuchs sie dagegen um 68,5%."

Nein, diese Vorsorgeuntersuchungen, die uns die Kapitalisten da aufschwätzen wollen, sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Sie dienen dazu, die berechtigte und zunehmende Empörung der Bevölkerung über die Zustände im Gesundheitswesen zu übertünchen. Für die elende Gesundheitslage ist nicht allein der Ärzteverband oder eine Krankenkasse oder Partei verantwortlich. Dahinter steht das ganze System der Ausbeutung. Nur wenn wir den kapitalistischen Staat zerschlagen, die politische Macht erobern und unter der Diktatur des Proletariats die Kontrolle über die **Gesundheit am Arbeitsplatz selbst in die Hand nehmen, wenn die Arbeiterklasse bestimmt, wieviel Geld in den Aufbau eines modernen Gesundheitswesens gesteckt wird, wenn sie die Ärzte als Verbündete gewinnt und umerzieht, dann wird – wie heute schon in China und Albanien – auch im sozialistischen Deutschland eine gründliche allgemeine Vorsorgemedizin aufgebaut werden können.**

Korrespondenz.

Vor zwei Jahren ging meine Frau zur Krebsvorsorgeuntersuchung in das städtische Krankenhaus in Ingolstadt. Bei dieser Gelegenheit nahm sie eine jugoslawische Arbeitskollegin mit, die sich über einen Knauel in der rechten Brust beschwerte. Allein traute sich diese Kollegin nicht so recht zur Untersuchung und bei der Untersuchung selbst traute sie sich wiederum nicht, den Arzt auf den Knauel aufmerksam zu machen. Der Arzt untersuchte beide Frauen und meinte, es läge nichts besonderes vor. **Da machte meine Frau ihn auf den Knauel bei der Jugoslawin aufmerksam, aber der Arzt winkte nur ab und meinte arrogant: "Das müssen sie schon mir überlassen."** Folge: einige Monate später mußte der Jugoslawin die rechte Brust wegen einem Krebsgeschwür abgenommen werden, ein Jahr darauf auch die linke. So sieht die kapitalistische Krebsvorsorgeuntersuchung aus.

Freiheit für die politischen Gefangenen im Iran!

Weg mit den drohenden Todesurteilen!

Vor kurzem verhaftete das reaktionäre Regime im Iran 12 Patrioten, Schriftsteller, Filmproduzenten und Journalisten. "Ihnen wird vorgeworfen, die Entführung des Schahs und seiner Familie geplant zu haben, um die Freilassung der politischen Gefangenen zu erzwingen. Diese 12 Personen werden, soweit sie den Folterungen durch den Geheimdienst SAVAK standhalten, vor ein Militärtribunal gestellt. Die Art und das Ausmaß der Anschuldigungen und die Propagandakampagne, die die Regimepresse im Iran entfaltete, deuten darauf hin, daß Todesurteile geplant sind – wie sie das Schahregime seit mehr als 20 Jahren praktiziert...

Wir fordern auf, sich zusammen mit den iranischen Patrioten dem Kampf gegen das Schahregime und seiner Unterstützung durch die Bundesregierung anzuschließen und an der Demonstration gegen die drohenden Todesurteile teilzunehmen."



Bauern im iranischen Dorf

So heißt es unter anderen in einem Aufruf der Föderation Iranischer Studenten in der BRD und Westberlin, der ATÖF und anderer Organisationen zu einer zentralen Demonstration am 1.12.73 in Köln.

Persien nimmt auf Grund seiner Bodenschätze – vor allem aber auf Grund seiner geographischen Lage – eine Schlüsselposition im Kampf der beiden Supermächte um die Hegemonie im mittleren Osten ein. Das iranische Regime – vor 20 Jahren mit Hilfe des CIA an die Macht gekommen – hat die nationalen Interessen des Volkes an die Supermächte verkauft – iranische Armee und Luftwaffeneinheiten operieren bereits in ihrem Interesse gegen die Befreiungskämpfer in Oman. Diese Politik wird mit brutalem Terror gegen die Volksmassen durchgesetzt. In dem Aufruf heißt es:

"Seit 20 Jahren lebt das Volk im Iran unter dem Terror dieses Regimes, das die vorher erkämpften demokratischen Rechte außer Kraft gesetzt hat. Mit Hilfe der militärischen Gewalt und dem perfekt ausgebauten Geheimdienst (SAVAK) wird jegliche demokratische Bewegung im Volke brutal unterdrückt. Trotz dieser Bedingungen, trotz Folter und Mord, hat das Volk im Iran in diesen 20 Jahren sich immer wieder für seine demokratischen Rechte erhoben, verstärkt sich der Kampf der unterdrückten Massen gegen das Schah-Regime."

Der westdeutsche Imperialismus liefert für billiges Öl Waffen an dieses Regime. Als Komplize des Schahregimes erweist er sich auch im Kampf gegen die iranischen Patrioten in Westdeutschland und Westberlin. Mitglieder der iranischen Studentenorganisation CISNU werden gemeinsam vom iranischen Geheimdienst und deutscher Polizei verfolgt und sind ständig von Ausweisung an die Henkersknechte des Schah bedroht.

Nieder mit dem Schah-Regime!

Freiheit für die politischen Gefangenen im Iran!

Solidarität mit dem Kampf des Volkes im Iran gegen Faschismus und Imperialismus!

Kampf dem BRD-Imperialismus und allen Hintermännern des Schah-Regimes!

Schluß mit der Waffenlieferung der BRD-Regierung an das Schah-Regime!

Kampf den reaktionären Ausländergesetzen!

Hände weg von der CISNU!

Weg mit dem Verbot von GUPA und GUPS!

Demonstration:
Am 1.12.73, 14 Uhr, Neumarkt Köln

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Nieder mit der Junta!

Kriegsrecht in Griechenland

**Am 4. November hatten mehrere tausend Studenten die Technische Hochschule in Athen besetzt. Ihre Kampflosungen waren: Für den Sturz der Junta! Ami go home!
Starke Polizeieinheiten hielten die Universität umzingelt, um zu verhindern, daß der Kampf in die Straßen der Hauptstadt getragen würde. Aber die Studenten informierten die Bevölkerung über einen selbstgebauten Sender und forderten das Volk auf, gemeinsam mit ihnen gegen die US-Besatzer und das faschistische Regime zu kämpfen. Am 16.11. schließlich durchbrachen sie die Polizeiketten. Nach Meldungen der bürgerlichen Presse marschierten rund 15.000 Menschen, Studenten, Bauarbeiter und andere Werktätige durch die Hauptstraßen Athens. Gegen die US-Banken flogen Molotow-Cocktails. Das Ziel der Demonstranten war das Palais des verhaßten Ministerpräsidenten.**



Demonstration gegen den griechischen Faschismus in Düsseldorf am 21.4.1973.

Die Polizei eröffnete das Feuer auf die Antifaschisten. 6 Menschen wurden getötet, über 100 verletzt. Die Antwort der Demonstranten: 'Keine Angst vor der Polizei!' "Für den Sturz der Junta!" Sie zogen sich zunächst in die Universität zurück. Gegen alle Versprechungen und Drohungen des aus ganz Griechenland zusammengezogenen Militärs gaben die Studenten ihre Stellung nicht freiwillig auf. Schließlich pflügten Panzer die Barrikaden der Studenten und die Eingangsmauern der Universität nieder und bahnten den eindringenden Soldaten den Weg. Mehrere Stunden lang kämpften die Demonstranten gegen die Übermacht des Militärs. Hunderte von ihnen wurden verletzt. Soldaten und Polizisten verfolgten Flüchtende durch die ganze Stadt. Zu ähnlichen Straßenkämpfen kam es in Saloniki und Patras.

Die griechische faschistische Regierung spricht von einer 'Verschwörung' von einigen wenigen Extremisten.

Aber der Terror, mit dem das Regime auf die Kämpfe antwortet, beweist das Gegenteil. Über das Land ist das Kriegsrecht verhängt. In allen Städten über 5.000 Einwohner besteht ab 15 Uhr Ausgangssperre.

Dieser Terror wird die wachsenden Kämpfe des griechischen Volkes genauso wenig brechen können wie der Wahlbetrug vor wenigen Wochen es über den Charakter des Systems täuschen konnte. Seit den Studentenkämpfen zu Beginn des Jahres hat der Kampf der Massen zunehmend an politischer Klarheit, an Breite und Militanz zugenommen. Am 21. April, dem 6. Jahrestag der Errichtung des offenen Faschismus und am 1. Mai gab es große Demonstrationen, die teilweise unter marxistisch-leninistischer Führung standen. Diese Kämpfe sind nicht nur eine große Bedrohung für die griechischen Faschisten, sondern genauso für die US-Imperialisten. Sie haben Griechenland zu einem Militärstützpunkt zur Absicherung ihrer Interessen im Mittelmeer und in Europa gemacht. 7.000 US-Soldaten stehen in Griechenland. Im Hafen Piräus liegen amerikanische Schiffe. Erst im Sommer dieses Jahres wurde in Griechenland wieder ein Manöver der Nato durchgeführt von speziellen AMF-Kompanien.

Die Politiker in Westdeutschland werden angesichts des brutalen Terrors der Junta wieder ihre antifaschistische Platte spielen. Aber lassen wir uns nichts vormachen. Die Solidarität mit dem Kampf des griechischen Volkes muß sich gegen den westdeutschen Imperialismus richten. Westdeutsche Soldaten kämpfen in den AMF-Kompanien, westdeutsche Schnellboote, Militärtransporter und U-Boote stehen im Dienst der Junta. Als am 21. April westdeutsche und griechische Antifaschisten unter der Führung der KPD/ML und der Organisation griechischer Marxisten-Leninisten gegen den griechischen Faschismus demonstrierten, taten sie das trotz des Verbots durch Innenminister Weyer.

Der Grund: In dem Flugblatt zur Demonstration hieß es: 'Gegen die reaktionäre Gewalt kann es nur eine Antwort geben: die revolutionäre Gewalt."

Gerade die letzten Kämpfe in Griechenland aber beweisen erneut: Dieser Weg ist der einzige Weg zur Befreiung des griechischen Volkes und immer größere Teile der Massen beschreiten ihn.

UNO-Mehrheit für Guinea-Bissau

Mit 93 Stimmen hat die UNO-Vollversammlung auf Antrag von 60 Ländern eine Entschließung angenommen, mit der die Republik Guinea-Bissau als unabhängiger, souveräner Staat anerkannt wird. Gleichzeitig wurde die Regierung von Portugal aufgefordert, ihre illegale Besetzung gewisser Teile der Republik zu beenden und ihre Truppen unverzüglich aus Guinea-Bissau und den Kapverdischen Inseln abzuziehen.

30 Staaten, darunter die DBR, enthielten sich der Stimme. USA, Portugal, England, Griechenland, Brasilien, Spanien und Südafrika stimmten gegen die Entschließung.

Die Anerkennung der Republik Guinea-Bissau durch die UNO ist ein großer Sieg für die Befreiungskämpfe in der Welt und eine empfindliche Niederlage für die Imperialisten, allen voran die US-Imperialisten.

Aus aller Welt

Elfenbeinküste – Als 28. afrikanisches Land hat die Elfenbeinküste ihre diplomatischen Beziehungen zum räuberischen Staat der Zionisten abgebrochen. Ihr folgte das 29. Land **Botswana**. Beide Staaten erklärten, daß die diplomatischen Beziehungen erst wieder aufgenommen werden, wenn sich die Zionisten den Weisungen der Vereinten Nationen, insbesondere der Resolution Nr. 242 aus dem Jahre 1967 fügen und alle besetzten arabischen Gebiete räumen. Der Abbruch der Beziehungen dieser beiden Länder zu Israel ist ein weiterer Schlag gegen die imperialistische Politik der israelischen Zionisten.

Tunesien – Der tunesische Staatspräsident Bourgiba erklärte in einer Rede vor dem Parlament, daß die militärische Anwesenheit der Truppen der sowjetischen Sozialimperialisten im Nahen Osten eine Tragödie für die arabischen Völker sei. Er sagte wörtlich: "Die Sowjets, die von Sadat ersucht worden waren, das Land zu verlassen, kehrten mit ihren kolonialen Ideen zurück.. Wir sind gegen dieses Unheil und diese Demütigung."

Ein China!

Bei seinem Besuch in der VR China mußte der US-imperialistische Außenminister Kissinger im Gespräch mit Mao Tsetung und mit Ministerpräsident Tschou En-lai bekräftigen, **daß es nur ein China gibt und daß Taiwan (Formosa) ein untrennbarer Teil Chinas ist. Tschou En-lai macht Kissinger noch einmal klar, daß die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zwischen der VR China und der USA nur auf der Grundlage der Anerkennung der VR China als einzigem rechtmäßigen chinesischen Staat möglich ist.**

Ein weiteres Mal mußten die US-Imperialisten zurückstecken und von ihrer unverschämten These von zwei China einen Schritt abrücken. Damit hat die VR China der imperialistischen Politik der USA eine weitere Niederlage zugefügt.

Solidarität

mit dem kämpfenden chilenischen Volk

Je mehr der Kampf des Volkes gegen die Militärjunta in Chile anschwillt, desto blindwütiger schlägt die Junta um sich. Erschießungen werden aus Talca im Süden, Iquique im Norden, der Pazifikinsel Quiriquina und vielen anderen Teilen des Landes gemeldet. Allein die "amtlich" bekanntgegebenen Erschießungen aufgrund sogenannter "Verurteilungen" belaufen sich auf vier bis zwölf täglich. Die Erschießungen "auf der Flucht", d.h. die willkürlichen Ermordungen von Fortschrittlichen, Patrioten oder auch nur Verdächtigen betragen ein Vielfaches dieser Zahl. In der Hoffnung auf Eindämmung des Widerstands verschärfte die Junta das Ausgehverbot und erweiterte es um zwei Stunden und schloß jetzt neben den anderen Universitäten auch die 16 pädagogischen Hochschulen des Landes. Razzien, Festnahmen und Verschleppungen auf KZ-Inseln sind an der Tagesordnung. Inzwischen mußte sogar der Innenminister der Junta, General Bonilla, zugeben, daß der Widerstand weiter wächst. Zugleich verfällt die Wirtschaft des Landes in beschleunigtem Tempo. Die Preise der wichtigsten Lebensmittel stiegen bis zu 1800 Prozent.

Im Zusammenhang mit der Zunahme des Terrors der Junta steigt die Welle der Solidarität mit dem chilenischen Volk in aller Welt an. Überall entstehen Solidaritätskomitees, finden Kundgebungen und Demonstrationen statt und werden Geldspenden für das kämpfende Volk von Chile gesammelt. Diese Solidarität ist ein Ausdruck des wachsenden antiimperialistischen Kampfes in der Welt, insbesondere des Kampfes gegen den US-Imperialismus. **Sie umfaßt weite Kreise fortschrittlicher Menschen, die auf diese Weise ihre Sympathie für die antiimperialistischen Maßnahmen der Allende-Regierung ausdrücken und den Terror des US-Imperialismus und der von ihm abhängigen reaktionären Junta bekämpfen.** Unter dem Druck dieser Solidaritätswelle wenden sich selbst einige bürgerliche Regierungen gegen den US-Imperialismus, z.B. Schweden, und öffnen ihre Botschaften in Chile den verfolgten Feinden der Junta als Asyl. Anders die sozialimperialistische Sowjetunion. Sie hat die diplomatischen Beziehungen zu Chile abgebrochen und ihre Botschaft und die anderen diplomatischen Vertretungen geschlossen. Sie hat es nicht für nötig gehalten, in Chile zu verbleiben und dem kämpfenden chilenischen Volk über ihre Botschaft zu helfen.

Der Welle der Solidarität versucht sich in der DBR die revisionistische D'K'P anzuschließen. Dabei verfolgt sie ganz andere Ziele als die Solidarität mit dem erbitterten Kampf des chilenischen Volkes gegen die Reaktion und den US-Imperialismus. Ihr Ziel ist es, Ihr Programm des friedlichen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus zu propagieren, obwohl gerade Chile ein schlagender Beweis dafür ist, daß es diesen friedlichen Übergang nicht gibt, daß der Sozialismus nur durch den Sieg über den Imperialismus im bewaffneten Kampf errungen werden kann.

Hört die revolutionären Sender!

ACHTUNG: Auf vielfachen Hörerwunsch hat Radio Tirana für die deutschen Hörer zusätzlich die Sendezeit von 21.30 bis 22 Uhr eingerichtet. Diese Sendung kann auch auf Mittelwelle empfangen werden.



32 Meterband entspricht 9,26 MHz
41 Meterband entspricht 7,23 MHz
50 Meterband entspricht 5,95 MHz
206 Meter entsprechen 1456 KHz (Mittelwelle)
215 Meter entsprechen 1395 KHz (Mittelwelle)

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
6.00 – 6.30	41 und 50 Meter 215 Meter
13.00 – 13.30	32 und 41 Meter
14.30 – 15.00	32 und 41 Meter
6.00 – 6.30	41 und 50 Meter 215 Meter
13.00 – 13.30	32 und 41 Meter
14.30 – 15.00	32 und 41 Meter
16.00 – 16.30	32 und 41 Meter
18.00 – 18.30	32 und 41 Meter
19.00 – 19.30	41 und 50 Meter 215 Meter
21.30 – 22.00	41 und 50 Meter 206 Meter
23.00 – 23.30	41 und 50 Meter 206 Meter

RADIO PEKING

19.00 – 19.30	Immer 43,7; 42,8
21.00 – 22.00	und 26,2 Meter.

D'K'P zum Thema Lohnkampf – Reklame für den Klassenfeind !

"Das arbeitende Volk muß bestimmen" – das ist die Hauptlosung der D'K'P auf dem Hamburger Parteitag. Herbert Mies, der neugewählte Vorsitzende der D'K'P versprach, "im Sinne des Vermächtnisses von Ernst Thälmann, 'alles für das arbeitende Volk', werde die Parteiführung an die Arbeit gehen." (UZ vom 9.11.73).

Das Vermächtnis Ernst Thälmanns ist kurz und knapp gesagt, daß nur unter einer einzigen Bedingung das arbeitende Volk bestimmen kann: wenn es unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Kommunistischen Partei die Diktatur des Proletariats errichtet hat. Zur Erlangung dieses Ziels gibt es nur einen Weg: den bewaffneten Sturz des imperialistischen Staates. Den Arbeitern und den anderen Werktätigen in allen Kämpfen diesen Staat als ihren hauptsächlichen Feind zu zeigen und sie im Geiste der bewaffneten Revolution zu erziehen, ist die Aufgabe jeder Kommunistischen Partei, die sich zurecht auf Marx, Engels, Lenin und auch Ernst Thälmann berufen will.

Die D'K'P tut genau das Gegenteil. Sie betreibt eine Politik der Klassenversöhnung. Sie sät den Geist des Vertrauens zum Unterdrückungsapparat des Kapitals, dem imperialistischen Staat. Das zeigt sich auch im ökonomischen Kampf.

'Aktive Lohnpolitik' – reformistische Lüge

Eine der Forderungen des D'K'P-Parteitags' ist: "Reallohnerhöhungen durch eine aktive Lohnpolitik!" In den Thesen der D'K'P heißt es: "Notwendig ist eine aktive Lohnpolitik, die den arbeitenden Menschen einen höheren Anteil an den von ihnen geschaffenen Werten sichert." Regelmäßig vor einer Tarifrunde schreit die D'K'P von den 'Profitexplosionen' bei den Konzernen, die eine 'saftige Lohnerhöhung' notwendig machen.

Dahinter steckt nichts anderes als der Versuch, den Arbeitern weis zu machen, je reicher die Kapitalisten würden, desto mehr fiele auch für die Arbeiter ab. Die D'K'P-Führer tun so, als sei der gesellschaftliche Reichtum, die Werte, die die Arbeiter produzieren, ein großer Kuchen, den man mit 'aktiver Lohnpolitik' gleichmäßig auf Arbeiter und Kapitalisten aufteilen könnte. Wäre dem so, dann müßten die Arbeiter natürlich ein Interesse daran haben, daß die Kapitalisten so viel Profit machen wie möglich – sie wären ja die Nutznießer. Und das ist auch der Grund, weshalb nicht nur die D'K'P-Führer, sondern auch die DGB-Führer so eifrig die 'aktive Lohnpolitik' propagieren.

Wofür haben denn tausende von Arbeitern in diesem Jahr gekämpft? Für Luxusvilla und Mercedes? Nein, der Kampf ist gerade in diesem Jahr deshalb so massenhaft und so heftig geführt worden, weil die Arbeiter absolut und relativ gesehen ärmer geworden sind, weil es galt, gegen Lohnraub und Teuerung, für die Erhaltung des Reallohnes zu kämpfen.

Und da redet die D'K'P davon, daß die Unterschiede zwischen Arbeitern und Kapitalisten immer geringer werden!

D'K'P-Lüge vom klassenneutralen Staat

Immer mehr Kollegen haben in diesen Kämpfen den Schluß gezogen, daß sie von den angeblichen Arbeitervertretern im DGB verraten worden sind, daß die 'arbeiterfreundliche' SPD-Regierung im Interesse des Kapitals handelt und sind deshalb immer häufiger selbständig in den Streik getreten, entschlossen, ihre Forderungen kompromißlos durchzusetzen.

Die D'K'P-Führer wollen diese Arbeiter von dem eingeschlagenen Weg des Kampfes gegen Kapital, DGB-Apparat wieder abbringen.

Nichts anderes steckt hinter ihren sogenannten weitergehenden Forderungen nach Preisstopp, nach Senkung der Gewinnspannen und Kontrolle der Preisgestaltung der Großindustrie, nach Überführung der produktions- und marktbeherrschenden Großindustrie in öffentliches Eigentum. Nichts anderes steckt hinter ihrer Hauptforderung nach bestimmenden Einfluß des Volkes auf Wirtschaft, Staat und Gesellschaft.

Die D'K'P sagt: Das ist möglich "...bei demokratischer Kontrolle durch die Arbeiterklasse, die anderen antimonopolistischen Kräfte und ihre Organisationen."

So sieht die Rechnung der D'K'P also aus: auf der einen Seite ein paar Monopole, dazu Strauß und Barzel und die NPD – auf der anderen Seite alles, was kein Monopol ist. Schlußfolgerung: auf der einen Seite ist wenig, auf der anderen viel, also stehen die Monopole auf verlorenem Posten, also können sie – wird nur mit vereinter Kraft geschoben – auch vom Feld gedrängt werden. Die Arbeiterklasse kann bestimmen, ohne den harten und blutigen Weg des bewaffneten Kampfes zu gehen.

Nun fragt sich allerdings der Arbeiter bei Ford: Wo ist in dieser Rechnung die Polizeitruppe, die unseren Streik zerschlagen hat? Wo sind die Gerichte, die die Ausweisung der ausländischen Arbeiter bewerkstelligen wollen? Wo, auch diese Frage taucht auf, sind die Gewerkschaftsführer, die uns verraten haben? Wo ist die Regierung, die uns belügt und uns die Steuergelder aus der Tasche zieht? Wo ist die Bundeswehr, die immer öfter ihre Manöver macht?

Die D'K'P sagt: Staat und Gewerkschaftsführung stehen auf der Seite der anti-monopolistischen Kräfte, auf der Seite der Arbeiterklasse. Und in diesem Sinn versucht sie den Arbeitern wieder und wieder einzureden, sie könnten sich bei Angriffen der Monopole auf den Staat und seine Gesetze berufen. Petitionen an den Bundeskanzler, der Gang zum Gericht, das sind die Wege, die die D'K'P empfiehlt.

Und schlagen Polizisten auf die Arbeiter ein, so erklärt die D'K'P das als 'Übergriff', der durch den Einfluß der Monopole auf den Staat zustande kommt. Und wieder werden Petitionen, der Gang zum Gericht empfohlen, um gegen diesen Einfluß das Grundgesetz, die angeblich dort festgelegte Gleichheit aller Menschen in diesem Staat wiederherzustellen.

Diese angebliche Neutralität des kapitalistischen Staates ist eine Lüge. Sie widerspricht der Wirklichkeit und den Lehren, die Marx, Engels und Lenin, auf die sich ja auch die D'K'P beruft, daraus zogen, die darin gipfelten, daß der Staat ein Instrument der herrschenden Klasse ist, daß das Proletariat zu seiner Befreiung die bewaffnete Revolution durchführen, den kapitalistischen Staat zerschlagen und ihren Staat – die Diktatur des Proletariats – errichten muß.

Der Trick mit den Monopolen

Der Widerspruch zwischen dem, was die großen Lehrer des Marxismus-Leninismus sagen und dem, was die D'K'P verbreitet, ist so offensichtlich, daß sie nur mit einem Trick verhindern können, auf den ersten Blick als Lügner entlarvt zu werden.

Der Trick liegt darin, daß sie erklären, mit der Entstehung der Monopole sei eine grundlegende Veränderung in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung eingetreten. In Wirklichkeit sind die Monopole nichts wieter als ein Merkmal des Imperialismus, des höchsten Stadium des Kapitalismus.

Haben wir schon oben gesehen, daß die D'K'P die Gesellschaft in zwei große Gruppen: Monopole und nicht-Monopole einteilt, so spricht Gautier, Präsidiumsmitglied der D'K'P offen von 'nicht-monopolistischen Klassen'.

Die Monopole sind aber keine besondere Klasse, genausowenig wie die Arbeiterklasse eine nichtmonopolistische Klasse unter vielen ist. Die zwei Klassen, die sich in der kapitalistischen Gesellschaft unversöhnlich gegenüberstehen, sind die Kapitalistenklasse und das Proletariat. Die Erfindung der D'K'P-Monopoltheorie hat keinen anderen Zweck, als diese Unversöhnlichkeit zu verwischen und an ihre Stelle die Klassenversöhnung zu setzen.

Diesem Zweck dient es auch, wenn sie immer wieder die 'Willkür' einzelner Unternehmer herausstellt, wenn sie in Artikelserien, in Tribunalen usw. auf einzelne Unternehmer Jagd macht.

Die Arbeiter sollen sich an einzelnen Erscheinungsformen festbeißen, damit sie den Glauben an das ganze System nicht verlieren.

Die Arbeiter sollen beim Kampf gegen einzelne Kapitalisten stehenbleiben, damit sie sich nicht als Klasse gegen die Ausbeuterklasse organisieren.

Die Arbeiter sollen davon abgehalten werden, den Staat als das Instrument der Ausbeuterklasse zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft zu erkennen, damit das Kapital seine Macht behält.

Das ist der Zweck der politischen Arbeit der D'K'P, dem dient ihr Eingreifen in die Kämpfe der Massen.

Deshalb appelliert sie an die Arbeiter, mehr Vertrauen in die Gewerkschaftsführer und Verhandlungen mit dem Kapital zu haben. Deshalb ruft sie bei Kämpfen mit der Polizei wie bei Ford: Keine Auseinandersetzungen!

Deshalb ist es auch kein Wunder, daß die D'K'P gerade in den letzten Wochen und Monaten, in denen die Arbeiter selbständig und teilweise militant kämpften, in denen das Vertrauen in unsere Partei bei den Arbeitern wuchs, immer häufiger geradezu lobend als die 'Kommunistische Arbeiterpartei' hingestellt wird. **In Wirklichkeit ist sie eine Agentur des Kapitals in der Arbeiterbewegung, um zu verhindern, daß das Proletariat und das werktätige Volk sich revolutionär zusammenschließen. Die revolutionäre Einheit im Kampf gegen das Kapital und seine Handlanger kann deshalb nur im Kampf gegen diesen Feind in den eigenen Reihen, die Führer der D'K'P, hergestellt werden.**

GEGEN LOHNRAUB, TEUERUNG UND POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG –

VEREINIGT EUCH IM REVOLUTIONÄREN KLASSENKAMPF GEGEN DAS KAPITAL UND SEINE HANDLANGER!

"Linker" Lumpenjournalismus

Mit dieser Überschrift antworteten die Führer der Gruppe Rote Fahne, die sich unverschämterweise 'KPD' nennt, in der Ausgabe ihres Zentralorgans vom 9. Mai auf einen 'Konkret'-Hetzartikel, der gegen ihre Organisation und gegen führende Funktionäre ihrer Organisation gerichtet war. In der Nummer 44 der 'Roten Fahne' beweisen sie, daß sie der antikommunistischen Hetze der bürgerlichen Presse nicht nur treffende Namen zu geben verstehen, sondern daß sie deren Methoden eifrig studiert haben und entsprechend anwenden können. Denn das Fazit, das nach der Lektüre des 'Rote-Fahne'-Artikels "Auch Lüge und Betrug können Ernst Aust nicht retten!" gezogen werden muß, kann mit den Worten der Führer der Gruppe Rote Fahne (GRF) nur heißen: "Linker" Lumpenjournalismus.

Konstantin H's. Gesammelte Märchen

Zum Kronzeugen ihrer antikommunistischen Hetze haben sich die GRF-Führer Konstantin H. erkoren. Konstantin H. kam im Frühsommer 69 zur Partei. Er war Mitglied der KPD in Hamburg-Harburg. Am ideologischen Kampf gegen den modernen Revisionismus, der ab Mai 1967 in der KPD/Hamburg mit dem Erscheinen der Nr. 1 des Roten Morgen in besonderer Schärfe entbrannt war, hat Konstantin H. sich nicht aktiv beteiligt. Ganz im Gegenteil hat er nach eigenen Angaben noch am Essener Gründungsparteitag der D'K'P teilgenommen.

Konstantin H. war aus der KPD mit der Begründung ausgeschlossen worden, er habe sich an seinen Töchtern vergangen. Die Partei wertete diese Ausschlußbegründung ohne weitere Überprüfung als einen Versuch der Revisionisten, einen aufrechten Kommunisten zu verleumden.

Die proletarische Herkunft, sein Alter und seine revolutionäre Vergangenheit verschafften Konstantin H. schnell Vertrauen innerhalb der Partei. Er wurde in die Landesleitung Wasserkante gewählt und war einige Monate deren Vorsitzender, bis er wegen Unfähigkeit bzw. Inaktivität abgesetzt wurde. Die Partei schob sowohl dieses Versagen auf das Alter und den Gesundheitszustand von Konstantin H., als auch die Tatsache, daß er manchmal wochenlang nicht auf Zellensitzungen erschien.

Das Vertrauen der Parteigenossen in Konstantin H. wurde auch dadurch nicht erschüttert, daß ehemalige Genossen der KPD einen Eintritt in unsere Partei mit der Begründung ablehnten, sie wollten mit Konstantin H. nicht in einer Partei sein. Unsere Partei wertete es ebenfalls als revisionistisches Intrigantentum, als eine ehemalige KPD-Genossin Konstantin H. vorwarf, er habe versucht, sie zu vergewaltigen.

Konstantin H. wurde vom Landesverband Wasserkante zum Parteitagsdelegierten gewählt, obwohl bei einigen Genossen inzwischen Vorbehalte gegen ihn vorhanden waren: zu offensichtlich wurde seine Geltungssucht. Vielleicht war es auch einer gewissen Senilität zuzuschreiben, daß Konstantin H. anfing, absolut lächerliche Geschichten zu erzählen: "Als ich Lenin als kleiner Junge die Hand drückte... Als Stalin bei uns zu Hause war... Als Ernst Thälmann mir im KZ Buchenwald die Hand drückte..."

Auf dem letzten Parteitag wurde er trotzdem noch in die Parteikontrollkommission gewählt. Als er im Oktober versuchte, eine Genossin zu vergewaltigen, wurde er aus der Partei ausgeschlossen, nachdem zusätzlich klar wurde, daß er die Partei fortgesetzt belog. Das Untersuchungsverfahren gegen Konstantin H. wurde sorgfältig durchgeführt und sein Ausschluß wurde nach nochmaliger Prüfung vom ZK bestätigt.

Das sind die Tatsachen. **Statt Konstantin H. wie jeden anderen Genossen sorgfältig zu überprüfen, hat die Partei sich von seiner Vergangenheit blenden lassen und in seiner Behandlung schwere liberalistische Fehler gemacht, bis sie sich endlich – viel zu spät – von diesem Mann getrennt hat.** Diese Tatsachen geben für die Hetze der GRF-Führer gegen unsere Partei natürlich nicht viel her.

Konstantin H's. persönliche Erklärung ist eine Erklärung der GRF-Führer

Da wurden die Herren von der 'Roten Fahne' 'Konkret'. Aus den verworrenen 'Enthüllungen' Konstantin H.'s bastelten sie eine "persönliche Erklärung", um ihre ausschließlich auf persönliche Ehrabschneiderei beruhende Hetze gegen die Führung unserer Partei, insbesondere gegen den Genossen Ernst Aust, durch die Aussage eines 'Altkommunisten' und ehemaligen KZ-Häftlings glaubhafter zu machen. Jeder, der Konstantin H. auch nur flüchtig kennt, weiß, daß diese "persönliche Erklärung" nicht von ihm stammt. Konstantin H. ist der deutschen Sprache nur sehr mangelhaft mächtig und die deutsche Schrift beherrscht er überhaupt nicht (er ist Pole). Zu offensichtlich ist, daß alles was er schreibt, die übliche Hetze der GRF-Führer gegen unsere Partei ist. Sie ist durch einige 'Internas' garniert, die durchweg frei erfunden sind, selbstverständlich auch was die Freistellung des gesamten ZK's angeht.

Am widerlichsten wird der Lumpenjournalismus der 'Roten Fahne' dort, wo es um den Genossen Ernst Aust geht. Zusammengefaßt läuft diese Hetze auf folgendes hinaus: Ernst Aust ist ein bürgerlicher Karrierist, er und seine Clique (also die gesamte Parteiführung) verfolgen nur persönliche Interessen und sichern ihre Führung innerhalb der Partei durch Intrigen und Ränke ab. Die Springersche Dreckschleuder – hier wird sie unverfälscht kopiert.

Es ist uninteressant, auf die einzelnen Variationen dieser Hetze einzugehen. Viel interessanter ist die Frage, warum die Führer der GRF und mit ihnen eine ganze Reihe studentischer Zirkel- und Spalterorganisationsführer diesen Mann so hassen. **Dieser 'Karrierist' Ernst Aust hätte in der revisionistischen Partei eine Karriere vor sich gehabt. Er war bereits freigestellter Funktionär. Man wollte ihn mit Geld an die Partei binden, er sollte auf die Parteischule nach Moskau. Aber Ernst Aust hat mit den Revisionisten gebrochen. Er ging in den Betrieb. Er nahm den Kampf für den Aufbau einer marxistisch-leninistischen Partei auf, als GRF-Führer Horlemann noch mit Vorliebe Trotzki zitierte und Christian Semler im antiautoritären Vollrausch gegen den Stalinismus hetzte.**

Jahrelang hat sich Ernst Aust – was ein Fehler war – gegen eine Freistellung gewehrt. Obwohl er ganztags im Betrieb gearbeitet hat, hat er die Hauptarbeit bei der Herausgabe des Roten Morgen geleistet. Ein solcher 'Karrierismus' ist den Herren Horlemann und Semler unseres Wissens allerdings fremd.

Der wirkliche Grund, warum der Vorsitzende unserer Partei immer wieder zum Angriffspunkt Nr. 1 für die Opportunisten und Intriganten aller Schattierungen wird, liegt klar auf der Hand: in **der Person Ernst Aust symbolisiert sich der unversöhnliche Kampf unserer Partei gegen alle Versuche intellektueller 'Führertypen', das Prinzip "die Arbeiterklasse muß in allem die Führung innehaben" zu untergraben, um die führende Rolle der kleinbürgerlichen Intelligenz durchzusetzen.**

Besonders kennzeichnend ist es, daß diese üble Hetze unter der Überschrift "Ideologischer Kampf" serviert wird. Wir Kommunisten verstehen unter ideologischem Kampf die prinzipienfeste Auseinandersetzung um die Grundsätze des Marxismus-Leninismus und um ihre Anwendung auf die konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse. Feinde und Spalter der kommunistischen Bewegung haben diesen ideologischen Kampf allerdings schon immer gescheut und versucht, an seine Stelle persönliche Verleumdungen, Intrigantentum und antikommunistische Hetze zu setzen.

Noch ein weiterer Aspekt zwingt uns, über die Rolle der GRF-Führer nachzudenken. Sie schreiben in dem Vorspann zu dieser sogenannten 'persönlichen Erklärung': "...um der Behauptung entgegenzutreten, wir wollten interne Organisationsfragen der KPD/ML an die Konterrevolution ausliefern, drucken wir hier die Erklärung des Genossen Konni H. in ihrer ganzen Länge ab." Diese Logik verstehe, wer will, Tatsache ist, daß die GRF-Führer nicht nur einige – allerdings unbedeutende Tatsachen – durch den Abdruck an die Konterrevolution ausgeliefert haben. **Vor allem haben sie dem Staatsapparat einen Mann präsentiert, der sich mit bestimmten Funktionen wichtig tut und der ein leichtes Opfer für die politische Polizei sein wird. Unsere Partei wird in dieser Frage Vorkehrungen zu treffen wissen. Festzustellen bleibt, daß so etwas in der Arbeiterbewegung gemeinhin als Denunziation bezeichnet wird.**

Abschließend geben wir den GRF-Führern noch einen Tip: in der Geschichte unserer Partei hat die Partei sich stets von allen opportunistischen und konterrevolutionären Elementen gesäubert. Hier bietet sich zweifellos für die GRF-Führer noch ein gewisses Rekrutierungsfeld. Wir werden unsererseits im Roten Morgen auf diese Art des 'ideologischen Kampfes' allerdings nicht mehr eingehen.

Ausweisungsterror

Genossen!

Von vietnamesischen Freunden erhielten wir heute folgende Nachricht:

Die Saigoner Botschaft in Bonn hat das Studium von bisher acht vietnamesischen Studenten in der DBR für "abgebrochen" erklärt und sie aufgefordert, unverzüglich nach Hause zurückzukehren. Die acht Studenten sind aktive Mitglieder ihrer Studentenvereine. Sechs von ihnen waren für drei verschiedene vietnamesischen Zeitungen verantwortlich. Diese Zeitungen finden in vietnamesischen Studentenkreisen im In- und Ausland großen Anklang, weil sie die Wahrheit über das Leben sowie die Behandlung der politischen Gefangenen in Südvietnam aufzeigen und Frieden in Vietnam und den Aufbau eines neuen, glücklichen und friedlichen Lebens für die Vietnamesen propagieren.

Diese acht Studenten sollen auf dem "kalten" Weg abgeschoben werden. In ihrer Heimat werden sie entweder ins KZ oder in die Marionettenarmee gesteckt.

Unsere vietnamesischen Freunde sind ständig Drohungen, Unterdrückungsmaßnahmen, Bespitzelungen und Bestechungsversuchen durch die Saigoner Botschaft in Bonn ausgesetzt. Im Mai 1972 startete die Bonner Botschaft einen ähnlichen Angriff wie heute. Damals wurden 38 vietnamesische Studenten, die eine Protestresolution gegen die Barbarei der US-Imperialisten in Vietnam unterzeichnet hatten – im ganzen Bundesgebiet waren es über 80 – die Devisen gesperrt. Durch den offensiven Kampf der Studenten gegen die Botschaft – Sitzstreiks vor der Botschaft in Bonn, Hungerstreiks, Presseerklärungen usw – und die breite Solidarität fortschrittlicher ausländischer und deutscher Organisationen konnte die Botschaft gezwungen werden, die Devisen freizugeben.

Unsere vietnamesischen Freunde wollen auch jetzt den Kampf gegen den erneuten Unterdrückungsversuch aufnehmen. Sie rufen alle demokratischen und fortschrittlichen Organisationen auf, ihren gerechten Kampf zu unterstützen.

Zusatz der Redaktion:

Immer schärfer geht das westdeutsche Regime gegen ausländische Kollegen und Studenten vor. Die geplante Ausweisung dieser vietnamesischen Studenten in die Tigerkäfige des Thieu-Regimes steht in einer Reihe mit einer Unzahl von Abschiebungen und Ausweisungsdrohungen, die in letzter Zeit vorgenommen wurden. Allein im Ruhrgebiet nahm die Polizei in der letzten Woche 36 türkische Arbeiter in Schubhaft, weil sie angeblich "illegal" in der DBR lebten. Baha Targün, Mitglied des Streikrates bei Ford, und Tarhan, Vorsitzender der türkischen Studentenorganisation Atöf, sind von Ausweisung bedroht. Vier persische Studenten sollen an das faschistische Regime in ihrer Heimat ausgeliefert werden. Seit mehr als einem Jahr wird der eritreanische Student Beiene als "Geisteskranker" in einem Fürther Krankenhaus unter Drogen gesetzt, um ihn zu zwingen, seinen Antrag auf politisches Asyl zurückzunehmen. Zwei spanische Arbeiter wurden nach den Streiks bei Opel abgeschoben, die Polizei stempelte "politischer Agitator" in ihren Paß, damit sie umso sicherer von Francos Schergen verhaftet würden. Hunderte von palästinensischen Studenten und Kollegen wurden nach dem Verbot von GUPA und GUPS im letzten Jahr verhaftet und abgeschoben, viele direkt ins Gefängnis und in den Tod.

Der Kampf gegen diese Ausweisungen und Abschiebungen ist ein untrennbarer Bestandteil des Kampfes gegen politische Unterdrückung, den unsere Partei führt. Wir unterstützen den Kampf gegen die Ausweisungen dieser vietnamesischen Freunde an die Henker Thieus. Wir fordern:

AUFENTHALTS- UND ARBEITSGENEHMIGUNG FÜR ALLE FORTSCHRITTLICHEN AUSLÄNDER IN DER DBR!

Wir werden zum Abschiebungsterror der deutschen Regierung in der nächsten Nummer des ROTEN MORGEN ausführlich Stellung nehmen und fordern alle Leser auf, der Redaktion des ROTEN MORGEN alle Fälle von Ausweisung, die ihnen bekannt werden, sofort mitzuteilen.

Die Redaktion

Kampf der Klassenjustiz

München: Mit Strafbefehlen gegen kommunistische Agitation und Propaganda

In München erhielt ein Genosse einen Strafbefehl über 2 100 DM wegen "Beleidigung". "Beleidigt" fühlten sich die Polizeipräsidenten von Berlin und München wegen einer Rede, die der Genosse gehalten hatte auf einer Demonstration gegen die Antikriegstagsprozesse im April dieses Jahres. In dieser Rede entlarvte er die Terror- und Mördermethoden der Polizei und im Strafvollzug. "Die Polizei, dein Feind und Killer" hatte eine Schlagzeile im ROTEN MORGEN geheißen. Der Genosse bewies damals, daß das keine Lüge ist, sondern bittere Wahrheit. Daß revolutionäre Menschen wie Benno Ohnesorg, Petra Schlem, Georg von Rauch, Thomas Weißbecker von der Polizei kaltblütig ermordet wurden, weil sie gegen das kapitalistische System kämpften.

Haben die Polizeipräsidenten Berlins und Münchens etwa an der Demonstration teilgenommen, daß sie sich nun beleidigt fühlen? – Natürlich nicht. Dieser Strafbefehl ist ein Ergebnis der systematischen Bespitzelung von Demonstrationen und Veranstaltungen unserer Partei durch die politische Polizei und den Verfassungsschutz. Dieser Strafbefehl dokumentiert einen weiteren Versuch, die Freiheit der Agitation und Propaganda für Kommunisten und andere fortschrittliche Kräfte noch weiter einzuschränken. Neu an diesem Strafbefehl ist, daß es jetzt offensicht lich schon ausreicht, den Mund aufzumachen, um seine Meinung zu sagen, um verurteilt zu werden.

FREIHEIT FÜR DIE KOMMUNISTISCHE AGITATION UND PROPAGANDA!

Zwölf Monate für Uli Kranzusch

Uli Kranzusch, der bei der Demonstration gegen den Thieu-Besuch in Bonn verhaftet worden war, wurde in der letzten Woche von der Klassenjustiz zu 12 Monaten Gefängnis verurteilt. Während der Richter in der Urteilbegründung von "Verständnis für Demonstranten gegen Thieu" faselte und gleichzeitig sein Terrorurteil verhängte, zeigten Jusitz und Polizei vor dem Gerichtsgebäude zur gleichen Zeit ihr wahres Gesicht: Mit Hunden und berittenen Polizisten gingen sie gegen empörte Demonstranten vor, die forderten: "Freiheit für Uli Kranzusch"! Während der "Henker von Saigon" in Bonn empfangen wurde, soll der Genosse Uli Kranzusch für ein Jahr ins Gefängnis. Uli Kranzusch soll eingekerkert werden, weil er für eine gerechte Sache eintrat: Für die Sache des vietnamesischen Volkes, für die Sache aller um ihre Befreiung vom imperialistischen Joch kämpfenden Völker. Weil er sich einreihte in die breite Solidarität mit den Völkern Indochinas. Dieses Urteil ist Terror im Namen der Imperialisten!

FREIHEIT FÜR ULI KRANZUSCH!

SOLIDARITÄT

Wir danken allen Freunden und Genossen, die uns in den letzten Wochen Solidaritätsadressen für Ernst Aust, Werner Lukas und Uli Kranzusch zugeschickt haben. Die Zahl der Unterschriftenlisten und Protesttelegramme, die an die entsprechenden Behörden und Polizeidienststellen geschickt wurden, ist so umfangreich, daß wir nur einen kleinen Bruchteil hier wiedergeben können:

Solidaritätsadressen für Genossen Ernst Aust kamen u.a. von der Roten Hilfe Hamburg und Lübekker Genossen.

Teilnehmer der Diskussionveranstaltung "Kampf der politischen Unterdrückung" in Wetzlar protestierten gegen die geplante Abschiebung von Baha Targün und gegen die Verurteilung des Genossen Uli Kranzusch.

Auch der Kampf um die Freilassung von Werner Lukas brachte große Erfolge. Die Vollversammlung der Stufenlehrer an der Gesamthochschule in Kassel verabschiedete mit 150 Stimmen eine Protestresolution (2 Gegenstimmen). Das westdeutsche Irlandkomitee solidarisierte sich.

Aus Marburg erhielten wir 80 Unterschriften.

In Hamburg verabschiedeten Genossen und Freunde der Partei auf einer Veranstaltung mit 70 Stimmen eine Resolution und sammelten 140 DM.

Die ROTER MORGEN Diskussionsrunde der TU Westberlin schickte eine Protesterklärung, auf einer Veranstaltung in Kiel unterschrieben 42 Kollegen und Genossen eine Protesterklärung.



Hat die Sowjetunion 1948 den Zionismus unterstützt?

Genossen!

Ich möchte Euch bitten, die Haltung der Sowjetunion zur Gründung des Staates Israel zu erklären. Offensichtlich hat die Sowjetunion das ja in der UNO unterstützt. ...

Die bürgerliche Propaganda versteigt sich hier in die ungeheuerlichsten Lügen, die sogar soweit gehen, daß Stalin sich für die Vertreibung der Araber eingesetzt habe. ...

Mit revolutionärem Gruß

Peter R.

RM Redaktion

Die sozialistische Sowjetunion Stalins hat im Gegensatz zu den heutigen Sozialimperialisten in Moskau niemals den aggressiven Staat der Zionisten unterstützt. Tatsache vielmehr ist: die Sowjetunion Stalins gab 1948 in der UNO ihre Zustimmung zur Gründung eines Staates Israel, in dem Juden und Araber freidlich zusammenleben können. Mit der brutalen und gewaltsmen Vertreibung von über 1 Million Palästinenser wenige Tage vor der Gründung des Staates haben die Zionisten im Auftrag des US-Imperialismus ihre Aggression gegen die arabischen Völker begonnen, die bis heute fortdauert. Dies hat niemals die Unterstützung der unter Stalin friedliebenden sozialistischen Sowjetunion gefunden. **Die Sozialimperialisten, die Verräter vom Schlage Chruschtschows und Breschnews, die sich nach Stalins Tod der Sowjetunion bemächtigten, haben allerdings von jeher die zionistische Aggression unterstützt. Die Auswanderung tausender sowjetischer nach Israel zeigt dies heute am deutlichsten.**

Wer ist der Angreifer?

Kritik zum Artikel "Arabische Völker im Kampf gegen israelische Angreifer" (Roter Morgen Nr. 40/73).

Auch wenn die israelischen Zionisten die eigentlichen Aggressoren im Nahen Osten sind und überhaupt erst die ständige Bedrohung der arabischen Völker geschaffen haben, heißt das nicht, daß sie in jedem Augenblick auch die tatsächlich zuerst Angreifenden sein müssen. Die ständig bedrohten arabischen Völker haben das Recht, sich offensiv zu verteidigen, also anzugreifen, um einem Überfall zuvorzukommen, sie haben das Recht, von eigenem Boden den Feind zu vertreiben...

RM-Redaktion:

Es ist richtig, daß der Artikel nicht gründlich genug darauf eingeht, daß es das Recht der arabischen Völker ist, jederzeit den Kampf gegen die zionistische Aggression und die beiden Supermächte, die hinter dieser Bedrohung der arabischen Völker stehen, zu führen und die Aggressoren zu schlagen. Gründlicher geklärt ist diese Frage im darauffolgenden Extrablatt "Das Recht ist auf der Seite der arabischen Völker."

Ein anderes aber ist die Tatsache, daß auch in diesem Krieg in Nahost die israelischen Zionisten angegriffen haben. Sie haben ein Palästinenserlager bombardiert und ägyptische Truppen am Suez überfallen. Das darf nicht verschwiegen, sondern muß angeprangert und verurteilt werden. Im Zentralorgan der chinesischen Genossen heißt es: "Es ist sonnenklar, daß die israelischen Zionisten die arabischen Länder angegriffen haben, aber die Resolution der Supermächte verurteilt nicht einmal die israelische Aggression." Nicht umsonst schrieb 'Bild' einen Tag nach Beginn der neuen zionistischen Aggression sinngemäß in einem Kommentar: Die Kommunisten werden behaupten, daß Israel angegriffen hat, wir aber wissen...

Allerdings, wir beharren darauf!

Davon unabhängig wäre es selbstverständlich auch das Recht der arabischen Länder gewesen, von sich aus den Krieg zur Befreiung ihrer Gebiete zu eröffnen.

Solidarität mit allen politisch Verfolgten!

In den nächsten Nummern des ROTEN MORGEN werden wir die Spendenlisten weiterführen und Rechenschaft ablegen über die Verwendung des Geldes. Damit erfüllen wir die Bitte vieler Leser, die uns in letzter Zeit zu einer Rechenschaftsablegung aufgefordert haben. Zunächst eine Aufstellung der Spenden "Solidarität mit allen politischen Verfolgten" und "Solidarität mit den streikenden Kollegen bei Ford". Spenden, die bereits veröffentlicht wurden, bleiben dabei unberücksichtigt.

8.3.73 Sammlung Veranstaltung Darmstadt 94,20 DM; 13.3.73 W. K. Essen 10,– DM; Köln 42,–DM Recklinghausen 102,–DM;21.4.73 Geburtstagsfeier in Köln 33,10DM von Kölner Genossen 51,53 DM Soldat aus Wetzlar 10,– DM; Sammlung auf Veranstaltung zum Ernst Prozeß 1069,21DM; 26.3.73 S. Z. Würzburg 96,–DM; 3.4.73 D.S. Essen 100,–DM; 3.4.73 H.K. Essen 12,–DM; 4.6.73 Stadtteilzelle Kreuzberg Berlin 185,–DM; 5.6.73 B.K. Heidenheim 25,–DM; 8.6. Sympathisantenkollektiv Berlin 100 DM; Geburtstagfeier Duisburg 50,– 16.7.73.Sammlung Duisburg-Meiderich 23,03DM; 6.8.73 R.S. Marburg 45,–DM; 22.8.73 Buchladen ROTER MORGENBerlin 40,–DM; 23.8.73 Genossen der ehemaligen Gruppe Rote Fahne 161,–DM;10.9.73 N.M.Hamburg 132,50DM;14.9.73 H.S.Mannheim 200,– DM;14.9.73 Veranstaltung in Gelsenkirchen 51,–DM; 17.9.73 Reisegruppe aus Albanien 200 –DM; 21.9.73 M.C. 10,–DM; 26.9.73 R.C.Berlin 50,– 5.10.73 A.G. Freiburg 500,–DM; 24.10.73 K.K. Reutlingen für M. Adrom 11,– DM; 24.10.73 KSB/ML Reutlingen für M. Adrom 154,– 26.10.73 Sammlung in Schwetzingen 38,70 DM.

Anfang November 1973 betrug die gesamte Spendensumme für das Konto "Solidarität mit allen politisch Verfolgten demnach 11 212,43 DM

Konto: Solidarität mit den streikenden Kollegen bei Ford:

19.9.73 H.Münster 4500,–DM; 21.9.73 RM-Leserkreis Kiel 56,60,–DM M.R. Berlin 25,–DM; 27.9.73 RM-Leserunde Duisburg 60,15 DM; 27.9.73 H.R. München 50,–DM; 1.10.73 H.S. Kiel 170,87 DM; 8.10. 73 M.Bamberg 50,– DM; 9.10. 73 unbekannt aus Böblingen 153,–DM. 27.9.73, Unbekannt, 40,– DM.

Damit beträgt der Stand des Konto: 5 005,62 DM.



Aufrüstung für den Bürgerkrieg

Die Bourgeoisie rüstet sich für kommende Klassenschlachten. In der letzten Woche stellte Innenminister Weyer von Nordrhein-Westfalen eine neue Spezialtruppe vor: 96 Mann, einzeln ausgewählt, in Karate ausgebildet, bewaffnet bis an die Zähne mit Infrarotzielgeräten, elektronischen Notizbüchern und Spezialfahrzeugen, die gepanzert und technisch gerüstet sind, wie die Autos in James-Bond-Filmen. Neben dieser Spezialtruppe bildet Weyer weitere 4 500 Mann Präzisionsschützen aus.

Wo der Klassenfeind diese Truppen einsetzen will, das wissen wir: Gegen kämpfende Arbeiter, gegen Kommunisten. Und wir wissen ebenso, daß gegen diese Sturmtruppen keine Bittschriften, kein "Abrüstungs"geschwafel a la D'K'P hilft. Wo die Arbeiter um mehr Lohn, um besseres Leben kämpften, schickte die Bourgeoisie ihre bewaffneten Formationen: Polizei – wie bei Ford, wie in Nordhorn, wo Spezialtruppen bereits im Einsatz waren.

Nein, Weyers Truppen werden die Arbeiterklasse nicht schrecken! Je weiter die Klassenkämpfe voranschreiten, je besser wir arbeiten an der Gewinnung und Schmiedung der Besten des Proletariats, desto fester wird sich die Kommunistische Partei mit den kämpfenden Massen verbinden und ihren Kampf anführen – bis zur bewaffneten Revolution!

Faschisten werden geschützt

Beim Finanzgericht in Hamburg gibt es einen Richter Dr. Wilhelm Stäglich, der seit Jahren der NPD angehört und dort auch einen hohen Posten hat.

Denkt man an den 'Extremistenerlaß' der Innenminister, wonach 'Links- und Rechtsradikale' vom Staatsdienst ausgeschlossen sind, dann wäre Richter Stäglich eigentlich längst entlassen worden. Aber sein Beispiel zeigt eben auch: Dieses Berufsverbot richtet sich ausschließlich gegen Kommunisten und fortschrittliche Menschen, Nazis bleiben ungeschoren.

Disziplinarverfahren gegen Richter Stäglich wurden bisher immer wegen 'Nichtigkeit' abgelehnt. Nun veröffentlichte dieser Faschist einen Artikel in der rechten Zeitschrift 'Nation Europa'. Dann beschreibt er seine Eindrücke bei einem Besuch im KZ Auschwitz 1944: "Alles war schön ordentlich und diszipliniert, die Menschen im Lager waren fröhlich und wohlgenährt. Vergasungen gab es gar keine. Die Verbrennungsöfen waren in Wirklichkeit Brotbacköfen" usw. Erst auf massiven Druck der Öffentlichkeit hin beantragte der Senat ein Verfahren gegen Stäglich.

Die Begründung klingt mehr als mager: Der Richter sei hartnäckig darauf aus, die Verbrechen im KZ Auschwitz in ihrem Ausmaß zu verkleinern. Und: Dieser saubere Herr wird nicht mal vom Amt suspendiert, er darf weiter richten 'im Namen des Volkes'.

Zweierlei Maß? Nein! Die Bourgeoisie denkt nicht daran, die Nazis zu verfolgen, diese Verbrecher und Mörder. Die ständige Faschisierung unseres Staates zeigt ohnehin klar, wo der Klassenfeind hinsteuern will, wenn ihm die Kämpfe der Arbeiterklasse über den Kopf wachsen. Der ganze Beamtenapparat wimmelt von ehemaligen NSDAP- und SS-Mitgliedern. Nur der Haß des Volkes auf die Faschisten hat die Innenminister gezwungen, in das Berufsverbot gegen Kommunisten auch etwas vom 'Kampf gegen Rechtsradikale' zu schreiben, damit die Lüge vom 'Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung' perfekt klingt. Gegen die Faschisten haben die Kapitalisten in Wirklichkeit nichts: Im Gegenteil: Der Faschismus ist ihre letzte und blutigste Waffe, um die proletarische Revolution zu verhindern.

Wer im KZ saß, wird bestraft

Beim ROTER-MORGEN-Verkauf trafen wir einen über 70 Jahre alten Sozialdemokraten in einer Kneipe. Er erzählte uns folgende Schweinerei, als jemand behauptete, Hitler hätte "auch Gutes" gemacht:

Zwei der Söhne des Kollegen wurden durch Hitler ermordet, sie fielen im 2. Weltkrieg. Er selbst saß 6 Wochen lang im KZ, sein Bruder, der der KPD angehörte, 10 Jahre lang.

Eine Entschädigung hat der Kollege nicht bekommen. Aber für seine beiden gefallenen Söhne ein Spottgeld von 68 Mark Rente vom Versorgungsamt. (Gerstenmeier kriegte für 9 Monate KZ 240 000 DM, Pfarrer Niemöller für 10 Jahre 10 000 DM.)

Nun starb vor vier Jahren die Frau des Kollegen. In der Hoffnung, wenigstens die Hälfte der Rente weiter zu bekommen, ging er zum Versorgungsamt. **Nichts bekam er! In dem Beamten, der ihm das mitteilte, erkannte er einen ehemaligen Kölner SS-Obersturmbandführer. Den Kollegen packte die Wut. "Hätte ich wie Du die NSDAP-Beiträge bezahlt, hätte ich eine Rente sicher! Heil Hitler, Herr Obersutrmbannführer,' rief er laut durch den Flur. Die im Zimmer anwesenden Beamten verkrochen sich erschrocken hinter den Akten, als hätten sie nichts gehört. Die Leute aber, die auf dem Flur warteten, haben es mitbekommen und werden es sich merken.**

Dortmund Haus besetzt

Reihenweise stehen im Ruhrgebiet Häuser leer, während man unter einigen 100 DM Miete keine Bleibe finden kann, während Jugendliche keine Freizeitheime haben, wo sie sich aufhalten können. Im Kampf um ein Arbeiterjugendzentrum, in dem sie frei und offen diskutieren können – im SPD-eigenen Jugendheim, das im gleichen Viertel steht, wurde ihnen schon längst der Mund verboten – besetzten deshalb Dortmunder Jugendliche ein leerstehendes Haus, das der Kirche gehört. Sie begannen mit der Renovierung, richteten Diskussiongruppen ein über die verschiedensten politischen Themen. Die Solidarität im Viertel war groß. Innerhalb weniger Stunden hatten die Nachbarn soviele Dekken, Lebensmittel und Geldspenden gesammelt, daß sich die Jugendlichen erst einmal notdürftig einrichten konnten.

Eine Woche lang blieb das Haus besetzt. Dann zeigte sich, daß auch die Kirche nicht anders reagiert, als jeder beliebige Kapitalist, wenn er sein Eigentum bedroht sicht. Sie ließ die Polizei rufen. Zwei Hunderschaften stürmten das Haus, verhafteten 9 Jugendliche und begannen sofort, Türen und Fenster zu vermauern. Die Abwieglungspolitik des KBW und der Gruppe Rote Fahne, die unter der Parole antrat "Kampf der Ausbeutung durch die Freizeitindustrie"(!) taten das ihre dazu, daß die Jugendlichen von diesem Polizeiüberfall ziemlich überrascht waren und sich kaum zur Wehr setzten.

Ampört über diese Polizeiaktion versammelten sich am gleichen Nachmittag etwa 700 Jugendliche des Viertels zu einer Kundgebung. Sie beschlossen zu zeigen, daß ihr Kampf um ein Jugendzentrum nicht zu Ende ist. Gemeinsam besetzten sie ein zweites Haus, das nur wenige Meter neben dem ersten ebenfalls leersteht. Auch hier trat sofort die Polizei des bürgerlichen Staates in Aktion: Mit Knüppeln und scharfen Hunden wurde auch dieses Haus geräumt, mehrere Jugendliche verhaftet.

Aber der Kampf geht wieter! Viele Jugendliche im Borsigviertel haben währedn dieser Aktion gelernt, daß es nicht genügt, einfach Häuser zu besetzen, sondern daß sie sich gegen die kapitalistische Staatsmacht organisieren müssen. Einige nahmen Kontakt zur ROTEN GARDE auf, um ihren Kampf geschlossener und konsequenter führen zu können.

Zugunglücke - Wer trägt die Schuld?

In der Zeitung las ich von dem schweren Zugunglück am 5.11. bei Guntershausen. 12 Menschen starben, mehr als 80 wurden verletzt. Dabei mußte ich an ein Gespräch denken, das ich vor kurzem mit einem Lokführer hatte. " 'Menschliches oder technisches Versagen' heißt es bei solchen Unglücken immer", sagte der Kollege. "Aber das stimmt nicht. Die meisten Eisenbahnunfälle haben ihre Ursache darin, daß die Lokführer total überlastet und die Sicherheitsvorkehrungen veraltet sind.

"Bei uns Lokführern ist eine Arbeitshetze, daß man sich oft nicht auf den Beinen halten kann. Schauen Sie mich an: 8 Stunden hatte ich Dienstunterbrechung. Zum Ausschlafen. Aber wie soll ich das machen? Mein Dienst hörte auf in München. Weitermachen muß ich in Würzburg. Also gehen schon mindestens 3 Stunden Schlaf verloren, weil ich erst dorthin fahren muß. Aber, wenn ich auf der Lok stehe, bei 130 Stundenkilometern, mit hunderten Reisenden im Zug – da muß ich voll da sein. Und nicht nur für 8 Stunden. Oft dauert der Dienst viel länger. 10, 12 Stunden und mehr. Keine Pausen – denn ich bin allein auf der Lok, wer soll mich ablösen? Nicht mal austreten kann man da. Und dann wieder ein paar Stunden Schlaf und weiterhetzen zum nächsten Dienstantritt. Die meisten von uns sind mit 55 Jahren fertig. Da können sie gar nicht mehr fahren."

Wenn man das hört, wundert man sich, daß nicht noch mehr passiert!

Fahrt in die Schwäbische Alb

An einem Wochenende im Oktober lud die Ortsgruppe der KPD/ML Reutlingen Sympathisanten, Kollegen und Freunde zu einer Fahrt in die schwäbische Alb ein. Ein Altkommunist plante die Fahrt, legte die Reiseroute fest und übernahm die Reiseleitung. So lernten wir unsere Heimat besser kennen, konnten die Naturschönheiten der Schwäbischen Alb und die historischen Stätten bewundern. Wir stiegen eine 70 Meter tiefe Höhle hinunter, besichtigten eine alte Burg und sahen kunstvolle Fachwerkhäuser.

Unser Altegnosse wußte bei fast jeder Ortschaft etwas zu erzählen: Hier in Laichingen lebten früher viele Weber, die sehr arm waren und mehr als 12 Stunden am Tag arbeiten mußten, um ihre Familien ernähren zu können. Hier in einem kleinen Dorf litten die Bauern hart unter der Fron der Fürsten.

Der Bauernkrieg hatte in der schwäbischen Alb sehr große Bedeutung. Die schwäbischen Bauern erhoben sich 1518, um sich von der Unterdrückung der Fürsten zu befreien. Sie kämpften für Gemeineigentum der Wälder und Jagdrechte. **Sie bewaffneten sich und zogen mit Äxten, Sensen und Schaufeln gegen die gut gerüsteten Heere der Fürsten. Sie schlugen ganze Abteilungen in die Flucht und rückten bis an die Festungen der Fürsten vor. Nun kam es darauf an, ob es den Bauern gelingen würde, mit den Bürgern in den Städten bei denen der Unmut über die Willkürherrschaft der Fürsten wuchs, ein Bündnis zu schließen. Aber nach einigem Schwanken schlugen sich die Bürger auf die Seite des Adels und des höheren Klerus. Denn die Bauern kämpften gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Die städtische Bourgeoisie wollte, wie später 1848 in der bürgerlichen Revolution, die Ausbeutung nicht aufheben, sondern nur an Stelle des Adels und der Kirchenfürsten treten.**

So gelang es den Fürsten, die Bauernrevolution niederzuschlagen. Sie folterten und ermordeten deren Führer, rächten sich an den Frauen und Kindern und setzten ganze Dörfer in Brand. Aber die Bauern gaben die Hoffnung nicht auf. So heißt es in einem alten Bauernlied, das wir sangen:

**"Geschlagen ziehen wir nach Haus,
Die Enkel fechtens besser aus.
Spieß voran= Drauf und dran!
Setzt aufs Klosterdach den roten Hahn."**

Unser Altgenosse trat 1922 in die KPD ein und half tatkräftig mit, sie aufzubauen. Dann wurde er arbeitslos, im 3. Reich zwangsverpflichtet und im 2. Weltkreig an die Front geschickt. Nach 1945 arbeitete er wieder in der KPD bis zu ihrem Verbot 1956. Er zog sich zwar von der aktiven Politik zurück, blieb aber dem Kommunismus treu. Und damit die Enkel es besser ausfechten erzählte er uns von seinen Erfahrungen in der politischen Arbeit.

Am Abend faßte ein Genosse noch einmal die geschichtlichen Lehren aus der Zeit der Bauernkriege und der Weimarer Republik, die wir heute gemacht haben, zusammen: **Die Bauernkriege und der Hamburger Aufstand zeigen uns ganz eindringlich, daß nur Gewalt hilft, wo Gewalt herrscht, daß die Ausbeutung und Unterdrückung nur durch die bewaffnete Revolution zu brechen ist, daß die Arbeiter und Bauern gemeinsam in die Hand nehmen müssen.**

Bei der Fahrt ergänzten sich die Erfahrungen des Alters und der Schwung der Jugend. Und alle spürten, die Partei ist kein abstraktes Gebilde, sie versteckt sich auch nicht in den Studierstuben, sondern sie versucht Solidarität und Kollektivgeist in der täglichen Praxis zu verwirklichen. Zum Schluß vertas ein Genosse vom KSB/ML noch eine Resolution, die für die Aufenthaltsgenehmigung von Mehrdad Adrom kämpft. Spontan wurden 154 DM gespendet.